

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 11. April 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Notverordnung und Gewerkschaften

Eine Notverordnung ist am 28. März 1931 gleich nach Beginn der Reichstagsferien vom Reichspräsidenten erlassen worden. Sie richtet sich gegen die Staatsfeinde von rechts und links und die fortgesetzten Menschenmorde und schweren Schlägereien, die in zahllosen Versammlungen der rechts- und linksradikalen politischen Gegner in den letzten Wochen und Monaten zu verzeichnen waren. Natürlich werden diese Rechts- und Linksradikalen scharf dagegen Stellung nehmen. Wir möchten aber zur Orientierung unserer Leser ihnen selber die Möglichkeit geben, zunächst einmal einen Einblick zu nehmen, was in der Verordnung steht. Der genaue Wortlaut wird voraussichtlich in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ abgedruckt werden.

Nach § 16 der Verordnung werden die Verfassungsrechte des Vereins-, Versammlungsrechts sowie des Presserechts außer Kraft gesetzt. Es können also in Zukunft öffentliche politische sowie unpolitische Versammlungen und Aufzüge verboten werden, „wenn nach den Umständen die Besorgnis besteht, daß zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtmäßige Verordnungen oder gegen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung und Behörden aufgefordert wird, wenn ferner Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht oder Religionsgesellschaften und deren Gebräuche und Einrichtungen beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, ferner wenn in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden“. Verstöße gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe und Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, ebenso trifft die gleiche Strafe die Urheber solcher Gewalttätigkeiten; auch die Teilnahme an verbotenen Versammlungen und Hergabe des Raumes werden mit Gefängnis- und Geldstrafe belegt. — Die Polizei kann künftig die Fahrten politischer Lastkraftwagen verbieten; sie sind anmeldspflichtig. Fahrt ohne Anmeldung wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. — Versammlungen können unter Voraussetzung des Versammlungsverbots aufgelöst werden. Vereinigungen, die wiederholt gegen Verbotbestimmungen oder gegen den Versammlungs Sprengungsparagraph des Strafgesetzbuches oder gegen § 3 des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch (28. März 1931) verstoßen, unterliegen der Auflösung. Für politische Vereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen verboten oder beschränkt werden.

Plakate und Flugblätter, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, können beschlagnahmt werden. Alle politischen Plakate und Flugblätter sind der zuständigen Polizeibehörde vor Ausgabe zur Kenntnis vorzulegen, ebenso Versammlungsankündigungen, soweit sie mehr enthalten als sachliche Angaben über Ort und Zeit, Veranstalter, Teilnehmer, Redner, Vortragsgegenstand, Ansprachen und Eintrittsgeld. Polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden auch Druckschriften, in denen Anreizung zum Ungehorsam gegen Gesetze, Beschimpfung oder böswillige Verächtlichmachung des Staates und von Religionsgemeinschaften erfolgen. Periodische Druckschriften und Tageszeitungen können in solchem Falle bis auf die Dauer von acht Wochen (in besonderen Fällen von sechs Wochen) verboten

werden. Es kann auch ein Verbot ergehen, falls als verantwortlicher Redakteur jemand bestellt oder genannt ist, der nicht ohne weiteres strafrechtlich verfolgbar ist. Die Verbote auf Grund dieser Verordnung oder auf Grund von § 13 des Republikshübsgesetzes umfassen auch die in gleichen Verlagen erscheinenden Kopfbücher oder Ersatzblätter.

* * *

Es ist ganz klar, daß die katastrophalen Vorgänge der letzten Monate zu einer Entscheidung drängten. Die Frage steht so für die Arbeiterchaft: Sollen wir uns von unverantwortlichen Gewaltpolitikern regieren lassen oder nicht doch das kleinere Uebel auf uns nehmen, diesen Helden der Gewalt mit ihren eigenen Mitteln zu begegnen? Gewiß, es fällt der Arbeiterchaft außerordentlich schwer, und besonders uns Gewerkschaften (die wir die Leidenszeit der Bedrückung, der politischen Hemmung der Vorkriegszeit hinter uns haben), solche Gewaltmaßnahmen zu billigen, es wird aber Hunderttausende von Arbeitern geben, die längst über die Langmut der verantwortlichen Stellen den Kopf geschüttelt haben, nachdem die Gewaltelemente jegliche demokratischen Staatsbürgerrechte mit Füßen traten.

Wo bestand das freie Versammlungsrecht, wenn Nazis oder Kommunisten auf den Plan traten, vielleicht angerückt mit Lastkraftwagen und unter Bedrohung mit Waffen aller möglichen Art?

Wir müssen in Deutschland wenigstens wieder soweit kommen, daß man uns noch zu Mitteleuropa zählt! Der jetzige Zustand war auch vom Ausland aus gesehen untragbar. Und wenn jetzt die Leute vom „Dritten Reich“ ausgerechnet nach dem Reichstag schreien, um die Aufhebung der Verordnung zu erwirken und gegen Hindenburg anrennen, so ist das so kennzeichnend, daß es eigentlich keines weiteren Wortes bedarf.

Wieder einmal gehen Kommunisten und Nazis gemeinsam in ihrem Ansturm vor, wie so oft. Auch das sollte allen Arbeitern, auch den kommunistisch gesinnten, Anlaß zum gründlichen Nachdenken geben, wo ihre Interessen vertreten werden. So möchten wir sagen: Es fällt uns außerordentlich schwer, die Notverordnung des Reichspräsidenten zuzuhilfen. Wir sehen aber in dem gegenwärtig latenten Bürgerkrieg, der größtenteils auf dem Rücken der breiten Masse ausgefochten wird, einen absolut unhaltbaren Zustand, und es muß gefordert und erstrebt werden die Befriedung und Entgiftung des öffentlichen Lebens von den Gewaltmethoden.

Andererseits muß unsere Kollegenschaft in allen einzelnen Ländern darüber wachen, daß Uebergriffe der Polizei auf Grund dieser weitgehenden Verordnung nicht im gewerkschaftlichen Versammlungs- und Vereinsleben erfolgen und insbesondere das freie Koalitionsrecht der Gewerkschaften nicht dadurch angetastet wird.

E. D.

Die neue Aera der europäischen Handelspolitik

Der Zollunionsvertrag, der zwischen Deutschland und Oesterreich vor einigen Tagen abgeschlossen worden ist, soll nach dem Wortlaut des Protokolls den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen machen. Das Abkommen erhält somit seine besondere Bedeutung als ein Signal der Heraufkunft einer neuen handelspolitischen Aera in Europa. In der letzten Uebersicht des Reichswirtschaftsministeriums über den Stand der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu fremden Staaten wurde der neue Kurs der Handelspolitik mit folgenden Worten umschrieben:

„Die vielleicht interessanteste Erfahrung über die neuen in der internationalen Handelspolitik bestehenden Tendenzen geht dahin, daß die einzelnen europäischen Staaten aus der Erkenntnis der Schwäche ihrer Position in Handelsvertragsverhandlungen sich nach Partnern umsehen, in deren Wirtschaft es sich um ähnliche Voraussetzungen handelt wie bei ihnen selber. Die Tatsache des Vorliegens gleicher Wünsche in anderen Ländern läßt sie bereitwillig diese Partner finden, und so sind Bestrebungen zu Zusammenstößen festzustellen, deren Ursache der Wunsch nach Verstärkung der eigenen Plattform ist und deren Endziel in der Angleichung der einzelstaatlichen wirtschaftlichen Gesetzgebung bis zur Zollunion besteht. Diesen modernen Tendenzen gegenüber liegt das deutsche Interesse klar zutage. Deutschland hat alles zu tun, um die Schaffung von Kartellbildungen europäischer Staaten dann zu verhindern, wenn diese Kartellbildung eine Spitze gegen Deutschland beizugehen kann, und es hat Wert darauf zu legen, bei der herausstehenden Bildung regionaler Gruppen nicht untätig zusehen.“

Die gegenwärtigen Produktionsbedingungen verlangen weitere und breitere Grundlagen, und die praktische Erfahrung zeigt bereits in ganz überzeugender Weise die Benachteiligung, unter der diejenigen kontinentalen Erzeuger leiden, die von zu engen Wirtschaftseinheiten umschlossen sind. Das Ziel des regionalen Wirtschaftsraumes hat deshalb in letzter Zeit immer festere Formen angenommen, vor allem in dem mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsgebiet. Hier stehen sich ausgesprochene Industriestaaten einerseits und abfallende Agrarstaaten andererseits gegenüber. Beide streben aus der Enge des nationalen Wirtschaftsraumes nach größeren übernationalen Wirtschaftsräumen. Die südosteuropäischen Agrarstaaten Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn suchen den notwendigen Absatz in den industriellen Gebieten Mitteleuropas. Sie streben vor allem danach, mit dem stärksten und bedeutungsvollsten Partner, nämlich Deutschland, zu einer Verständigung zu kommen. Auf der anderen Seite haben Deutschland sowohl als auch Oesterreich ein erhebliches Interesse an der Entwicklung des südeuropäischen Absatzmarktes für industrielle Produkte. Dieses Interesse drängt in gleichem Maße nach einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen Staaten. Es ist hier das Problem gestellt, das der Franzose François Delaisi als die Frage der Gestaltung des Verhältnisses zwischen „Europa A und Europa B“ veranschaulicht hat, wobei unter „Europa A“ das industrielle Europa verstanden wird, das etwa ein Drittel der europäischen Oberfläche ausmacht und die Hälfte der europäischen Bevölkerung zählt, während „Europa B“ das landwirtschaftliche Europa ist, auf das zwei Drittel der Oberfläche und die andere Hälfte der Bevölkerung Europas entfällt. Es kommt jetzt darauf an, „Europa B“ die Unterbringung der Agrarprodukte zu ermöglichen. Dadurch wird die Kaufkraft jener Länder erhöht und die Absatzverhältnisse für industrielle Produkte werden verbessert. In diesem Sinne ist das Ziel die Gestaltung der mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit.

Auf den Agrarkonferenzen zu Bukarest, Warschau und Belgrad hat sich der Block der landwirtschaftlichen Staaten herausgebildet. Es ist dort sozusagen die Union von „Europa B“ besiegelt worden. Diese Staaten verlangen Vorrangbehandlung für ihre Agrarprodukte seitens der Industriestaaten. Um diese Forderung durchsetzen zu können, haben sie sich zusammengeschlossen. Sie haben für die wichtigsten Getreidearten Exportindikate gebildet, die sich beim Exportgeschäft insbesondere bei der Preisfestsetzung nach den Vorschriften besonderer Zentralbüros zu richten haben. Ab 1. Juli 1931 soll diese Zusammenarbeit zur Förderung des Exports durchgeführt werden. Es gilt nun die Frage zu regeln, ob und zu welchen Bedingungen die Länder von „Europa A“ dieses Getreide aufnehmen wollen und welche Gegenkonzessionen dem industriellen Europa zu gewähren sind.

Die Befürchtung liegt nahe, daß alle Bemühungen zur Schaffung einer Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse mit dem Ziel eines wirtschaftlich einheitlichen Mitteleuropas an dem Widerstand der deutschen Landwirtschaft scheitern werden. Es ist tatsächlich so, daß fast alle Zollfriedenskonferenzen bislang nur deshalb zu keinem Ergebnis geführt haben, weil die Verhandlungen

durch allzu eifrige Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft behindert und gehemmt wurden. Wie wenig aber eine mitteleuropäische Lösung in dem hier dargelegten Sinne von der deutschen Landwirtschaft Opfer verlangt, zeigen folgende Zahlen: Der deutsche Weizenimport belief sich in den Jahren 1926 bis 1929 auf etwa 2 Millionen Tonnen jährlich, der Gesamtexport der vier Länder Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien aber nur auf durchschnittlich 795 000 Tonnen. Es würde wirklich kein großes Opfer für die Landwirtschaft bedeuten, wenn diesem Weizenexportmangel ein ungehinderter Zugang zum deutschen Markt gewährt werden würde. Auch für den Gersteneexport dieser Länder von durchschnittlich 818 000 Tonnen dürften sich bei einem jährlichen deutschen Import von fast 2 Millionen Tonnen keine allzu großen Absatzschwierigkeiten ergeben, während andererseits für Roggen und Hafer bei den vier Ländern keine besonderen Exportwünsche bestehen. Von einer Gefährdung der Landwirtschaft kann gar keine Rede sein, und in einsichtigen landwirtschaftlichen Kreisen wird auch unumwunden zugegeben, daß bei ausreichendem Schutz gegen den überseeischen Import es der deutschen Landwirtschaft nicht schwer fallen würde, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Die mitteleuropäische Wirtschaftseinheit muß erreicht werden. Sie erweist sich in immer stärkerem Maße als der einzige Ausweg aus der europäischen Wirtschaftskrise und als die notwendige Reaktion auf die immer klarer hervortretende antieuropäische Handelspolitik Amerikas und Englands. In diesem Zusammenhang erhält auch die jetzt in Aussicht genommene deutsch-österreichische Zollunion ihre eigentliche Bedeutung. Sie ist ein Eckstein in der Organisation des mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes, ein erster Schritt in der Richtung der Vereinheitlichung der europäischen Gesamtwirtschaft. Weitere regionale Verträge gleicher Art müssen folgen. Vor allem ist die Erweiterung des Rahmens nach Südosteuropa zu fordern und schließlich gilt es, ein Land in die Kooperation einzubeziehen: Frankreich.

„Die Kooperation mit Frankreich ist von absolut entscheidender Bedeutung“, so schreibt Wilhelm Grokopp, einer der eifrigsten Dorkämpfer der wirtschaftlichen Neugestaltung Europas, „denn ohne oder gegen Frankreich könnte Mitteleuropa ein reaktionäres Gebilde werden. Diese Kooperation ist das schwierigste Problem mitteleuropäischer Bemühungen und kann nur erzielt werden, wenn die mitteleuropäischen Bestrebungen von einem ehrlichen und wahrhaften europäischen Geist getragen sind.“

Erst ein geschlossener Wirtschaftsblok von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Denn während überall in der Welt sich neue Wirtschaftsräume aktivieren, während sich ein panamerikanischer, ein indischer, ein chinesischer Wirtschaftsraum vorbereiten, droht Europa durch seine innere Zersplitterung immer mehr an Bedeutung zu verlieren, zumal Rußland als selbständiger Wirtschaftsraum aus dem europäischen Gefüge ausgebrochen und England seine Interessen überseeisch gebunden sieht. Nur wenn es gelingt, die neuen handelspolitischen Grundsätze, wie wir sie hier skizzenhaft dargelegt haben, in die Tat umzusetzen, kann die Voraussetzung für eine neue Blüte Europas und eine wirtschaftliche Konsolidierung geschaffen werden.

Dr. Adam Hüfner.

Was willst du in der Zeitung lesen?

Wie diese oder jene Aktie steht?
Warum die Arbeitslöhne gesenkt werden müssen?
Warum die Arbeiterführer gesenkt werden müssen?
Die neuesten nationalistischen Rezepte für Außenpolitik?
Die letzte bürgerliche Steuerkritik?
Auf welches Rennpferd man setzen kann?
Wie die „Season“ in Paris begann?
Den üblichen diversen Probenquatsch?
Die Spalten über „besseren Gesellschaftstisch“?
Alles in allem: Wie „schlimm“ es den Besitzenden ergeht?
Willst du das wirklich lesen, Prolet?
Nichts Wahres von dem Schicksal deiner Klasse?
Nichts Klares von den Kämpfen der großen Masse?
Nichts von dem, was Arbeiterführer sagen?
Nichts über proletarische Tagesfragen?
Gar nichts von dem, was dich, dich allein angeht?
Das ist doch tausendmal wichtiger, Prolet!
Die sozialistische Zeitung ins proletarische Haus!
Die bürgerlichen Blätter einbüßig hinaus!
Von dem kapitalistischen Wahnsinn wird die Welt schnell genesen,
Wenn die Proleten ihre eigenen Zeitungen lesen!

Tut ein Wirtler.

Der Lohnabbau und seine Folgen

Der Lohnabbau greift immer weiter, die Arbeitslosigkeit und der Notstand wachsen zugleich. Und doch wurde zur Senkung der Löhne — angeblich — geschritten, um den weiteren Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten. Die von den Arbeitgebern verfolgte Theorie von der Vorteilhaftigkeit niedriger Löhne scheint sich mithin als nicht richtig erweisen zu wollen. Vielleicht werden sie sagen, es ist noch zu wenig abgebaut. Das wäre nicht überraschend, doch müßte dem Verlangen nach weiteren Lohnsenkungen die entschiedenste Gegenwehr bereitet und die weitere Verfolgung einer verkehrten Wirtschaftspolitik verhindert werden. Die Politik der Lohnsenkung ist eine verkehrte Politik, die nicht zur Gesundung der Wirtschaft führen kann. Das ergibt eine Prüfung der Folgen, die sie haben kann und haben muß. Soweit der Lohn-

spielsweise zu einer Vermehrung ihres persönlichen Aufwandes führen, zur Steigerung des Luxusverbrauchs. Ebenso kann die verstärkte Ansammlung von Kapital beim Unternehmer sehr leicht zu dessen Anlage im Ausland, zu Kapitalflucht, verleiten. Im Verlaufe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind, wie bekannt ist, Milliarden deutschen Kapitals nach dem Ausland geflüchtet, wo ein großer Teil der Gelder sozusagen „arbeitslos“ ist und nur mit ganz geringfügigen Sätzen verzinst wird, weil es im Auslande reichlich anlagensuchendes Kapital gibt. An die Gefahr unzweckmäßiger Kapitalanlagen, sogenannter Fehlinvestitionen, ist ebenfalls zu denken.

Lohn und Gehalt dagegen bleiben durchweg im Inland. Sie kommen ausschließlich dem einheimischen Verbrauch zugute.

Die Bedeutung, die von den Arbeitgebern der gesteigerten Kapitalbildung zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftsdpression zugeschrieben wird, ist übertrieben. Wohl ist die Kapitalneubildung zur Förderung der Wirtschaft auf lange Sicht unerlässlich. Vorerst aber gilt es, die vorhandenen Betriebsanlagen wieder in vollem Umfang in den Wirtschaftsprozess einzuschalten. Wird aus dem Lohnabbau zusätzlicher Reingewinn verwendet, um neue Produktionsmittel zu schaffen, so schwinden der Masse der Verbraucher zugleich die Mittel, um zusätzliche Erzeugnisse der Produktionswirtschaft aufzunehmen — falls nicht ein Preisabbau im gleichen Betrage eintritt. Eine verstärkte Kapitalanlage der Unternehmungen hat erst dann Zweck, wenn sich die Auslastung des Warenabsatzes verbessert haben, was bei fortgesetzter Einschränkung der Verbrauchskraft der Massen nicht der Fall sein

kann. Selbst ohne Senkung der Lohnsätze ist das Gesamteinkommen der deutschen Arbeitnehmer infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit — unter Einrechnung der Arbeitslosenunterstützung — in den letzten zwei Jahren um ein Fünftel bis ein Viertel gesunken. Um ebensoviel wurde die Kaufkraft der Massen verringert. Nun kommt dazu noch die Kürzung der Tariflöhne. Die Kaufkraft wird damit weiter eingeschränkt, und man wartet unter solchen Umständen vergeblich auf den neuen „Auftrieb der Wirtschaft“.

Die Wirtschaftsstockung wurde dadurch veranlaßt, daß der beispiellosen Steigerung der Produktion, sowohl der Landwirtschaft wie der Industrie, die infolge höherer Beherrschung von Technik und Naturkraft eintrat, überall eine viel zu langsame Anpassung der Preise gegenübersteht, ja, daß sich die Preise teilweise in der falschen Richtung bewegten. Die Arbeitnehmer hatten an den Vorteilen der Leistungssteigerung wenig oder keinen Anteil. Statt dessen diente der gesteigerte Produktionsertrag zu einer übermäßigen Anhäufung von Unternehmerngewinnen, zu einer vielfach überflüssigen Ausdehnung des Produktionsapparates sowie zu einer über den absehbaren Bedarf weit hinausgehenden Lagerung von Vorräten, namentlich auch an Luxuswaren. Wäre in der Zeit guter Konjunktur nicht diese Politik befolgt worden, wären die Arbeitnehmer besser entlohnt worden und hätte eine Verschiebung der Produktion von der Herstellung von Luxusgütern zur Fabrikation der billigeren und gleichmäßigeren Absatzbedingungen unterworfenen Massenartikel stattgefunden, so wäre die Krise vermieden worden. Und doch ist es nicht sicher, ob man die Lehren der Gegenwart für die Zukunft nutzen wird.

H. Fehlinger.

Don Arbeitgeberseite wird die Forderung nach Lohnsenkung unter anderem damit begründet, daß ein Auftrieb der Wirtschaft stets nur von einer verstärkten Kapitalanlage in den Betrieben ausgehen kann. Die Lohnsenkung soll die Kapitalbildung begünstigen, mit ihr soll die Verteilung des Wirtschaftsertrages so geändert werden, daß der Anteil der Arbeitnehmer vermindert und der Anteil der Arbeitgeber erhöht wird, so daß die letzteren in die Lage kommen, neue Produktionsstätten zu errichten und alte zu erweitern. Es ist aber keine Gewähr dafür gegeben, daß das infolge der Lohnsenkung gebildete Kapital von den Arbeitgebern in einer Weise verwendet wird, die der Volkswirtschaft wirklich dienlich ist und die zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit führt. Die Erhöhung des Anteiles der Arbeitgeber am Wirtschaftsertrag kann bei-

Arbeit

Wie ein gewaltiger Keulenschlag,
Wuchtig und schwer,
Entwächst meiner Hand
Riesengroß:
Arbeit.
Endlos sich breiten
Wie ein gewaltiger Baum
Fühlt sie sich vor zu den Grenzen
Und hoch in den Himmel, über Welt
Strohend vor Kraft,
Die sie sog
Aus den Tiefen der Erde,
Die der Mensch durchwühlt
Mit zitternden Händen
Und tränendem Blut.
Aber stolz und erfüllt von endloser
Freude,
Vergessend den Schmerz und die
Mühe des Schaffens,
Dessnet den Schoß der reifenden
Ernte. E. Seifart

Die Schwerindustriellen im Ruhrgebiet verlangen außertarifliche Lohnsenkung von 20 Prozent

Ende Februar ist in Duisburg die zu den Vereinigten Stahlwerken gehörende Hütte Ruhrort-Meiderich stillgelegt worden. Diese Stilllegung hat nicht nur wegen der großen Zahl der davon betroffenen Arbeiter und Angestellten — es kommen rund 7000 Beschäftigte in Frage — Aufsehen in der Öffentlichkeit hervorgerufen, sondern auch die Begleitumstände, die zur endgültigen Schließung des Hüttenwerkes führten. Durch Eingreifen des Oberbürgermeisters Dr. Jarres fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des Werkes, den beteiligten Gewerkschaften und des Betriebsrates statt mit dem Ergebnis, daß sich die Werksleitung bereit erklärte, den Betrieb in verringertem Umfange weiterzuführen, wenn die Löhne um 20 Proz. herabgesetzt würden. Unter diesen Voraussetzungen wollte die Leitung der Vestag (Vereinigte Stahlwerke AG.) die Fortführung des Betriebes mit einer Belegschaft von 4200 Köpfen bei nicht mehr als 10 Proz. Feierschichten bis Ende September d. J. garantieren. Dieser Vorschlag wurde sowohl von den beteiligten Gewerkschaften als auch vom Betriebsrat der Arbeiter und einer Belegschaftsversammlung abgelehnt. Aus dem Vorschlag der Werksleitung ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Absicht bestand, den Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband der Nordwestgruppe zu unterhöhlen, um so für die gesamte Schwerindustrie ohne Schlichtungsinstanzen zu einer allgemeinen Lohnsenkung von 20 Proz. zu kommen. Weniger widerstandsfähig zeigten sich die Angestellten. In einer Angestelltenversammlung am 5. Februar, an welcher Betriebsdirektoren, Oberingenieure und sonstige leitende Angestellte teilnahmen, erklärte man sich für Annahme des Vorschlages der Werksleitung. Auf Verlangen des Angestelltenrates haben die beteiligten Arbeiter und Angestellten zu dem Vorschlage der Werksleitung in geheimer Urabstimmung Stellung genommen. Obwohl die Arbeiter von der Werksleitung stark beeinflusst wurden, sich für den Vorschlag zu entscheiden, lehnten die Arbeiter auch hier denselben mit 90 Proz. ab, wohingegen er von den Angestellten mit 90 Proz. angenommen wurde. Dieses Ergebnis ließ keinen Zweifel darüber, daß die Mehrheit der Arbeiter nicht bereit war, sich unter Beiseiteschiebung der Gewerkschaften von den Hintermännern des Stahltrustes auf den abschüssigen Weg locken zu lassen, welcher zum allgemeinen Lohnabbau von 20 Proz. und zur Beseitigung des Tarifvertrages führen sollte.

Herr Dr. Jarres war mit diesem Ergebnis nicht einverstanden. Nachdem schon offizielle Stilllegungsverhandlungen stattgefunden hatten, veranstaltete er nochmals eine schriftliche Befragung, beschränkte sich aber nicht auf die Hütte Ruhrort-Meiderich, sondern befragte auch weitere 3000 Arbeiter, die schon vor längerer Zeit durch die Stilllegung der Hütte Phönix in Ruhrort arbeitslos geworden waren und die im Falle der Fortführung der Hütte Ruhrort-Meiderich dort Beschäftigung finden sollten. Herr Dr. Jarres hat etwa 50 Proz. „Ja“-Karten erhalten, aber sein Ziel trotzdem nicht erreicht, weil die beteiligten Gewerkschaften es ablehnten, das Werk aus dem Tarifvertrag herauszunehmen, vielmehr den Arbeitgeberverband aufforderten, sein Verbandsmitglied vor Tariftreue anzuhalten. Unter diesen Umständen blieb dem Arbeitgeberverband nichts anderes übrig, als der Vestag mitzuteilen, daß die Durchführung des Vorschlages der Werksleitung, wofür sich Herr Dr. Jarres so stark eingesetzt hätte, aus tarifrechtlichen Gründen unterbleiben müsse. Man kann sich leicht ausmalen, welchen Lauf die Dinge genommen hätten, wenn die Gewerkschaften auf die verlangte Lohnsenkung von 20 Proz. eingegangen wären. Zweifellos hätte sich sofort herausgestellt, daß andere Hüttenwerke der Vestag ebenfalls zu teuer arbeiteten und das gleiche Spiel wie bei der Hütte Meiderich hätte sich dann wiederholt. Der Eisenindustrie wäre der Bergbau gefolgt und hätte alle übrigen Tarifgebiete in Mittelidenschaft gezogen. In gefeuchelter Sorge um das Wohl der Arbeitslosen wurden die Gewerkschaften wegen ihrer doktrinären Haltung in der Unternehmerpresse angegriffen. Alle Kommentare dieser Presse sind auf den Ton abgestimmt, den Herr Dr. Pönsgen nach Ablehnung des Werksvorschlages gegenüber den Gewerkschaften anschlug: „Es lebe der Tarif, es sterbe das Werk!“

Das Raufachen im schwerindustriellen Blätterwalde über das „Wohlfühlen“ und soziale „Entgegenkommen“ ihren Arbeitern gegenüber war noch nicht ganz verstummt, als die Gruppe Nordwest offiziell an die Gewerkschaften herantrat, um eine Lohnsenkung für das ganze Tarifgebiet einzuleiten. In der Ende Februar stattgefundenen ersten Besprechung gaben die Unter-

nehmer zunächst die Erklärung ab, daß sie gewillt seien, die Kündigung des Rahmenvertrages am 1. April auszusprechen mit dem Ziel, Lohnerparnisse zu machen. Die Möglichkeit hierzu sähen die Unternehmer im Abbau der Sonntags- und Ueberstundenzuschläge, ferner im Abbau der Sozialzulagen und der Beseitigung des tariflichen Urlaubs. Darüber hinaus forderte man von den Gewerkschaftsvertretern eine generelle Abkürzung der Laufzeit des bis zum 30. September gültigen Lohnstarifes, da man sonst weitere 30 000 Arbeiter in der Nordwestgruppe zur Entlassung bringen müsse. Mit diesen Forderungen haben die Eisenkönige ihr Dilemma gelüftet. Mit aller Deutlichkeit sind nunmehr die Machinationen der nordwestlichen Scharmacher für jeden Arbeiter und Angestellten sichtbar. Die verschleierte Stellung der eigentlichen Urheber der Tragödie von Ruhrort-Meiderich ist aufgehoben und der offene Frontangriff beschlossen worden. Darüber hinaus Befehle an die Bauindustrie, Chemie, Rheinischschiffahrt, an Reich, Staat und Kommune, weitere Lohnabbauforderungen zu stellen. Wörtlich heißt es in der Erklärung „Nordwest“ vom 16. März:

„Die Senkung der Gestehungskosten von der anderen Seite kann in der Hauptsache heute erfolgen durch Senkung der Tarife, Frachten und Steuern. Diese ist aber nur möglich, wenn auch die übrigen Teile im deutschen Volke, vor allen Dingen die Gehalts- und Lohnempfänger der öffentlichen Hand und der mit dieser eng verwachsenen Industriezweige in aller kürzester Zeit eine Senkung ihrer Einkommen in erheblichem Umfange als bisher gesehen, vornehmen.“

Der Erzbischof von Prag, Dr. Kordac hat diese Gewaltmethoden vor nicht allzulanger Zeit in einem Artikel folgendermaßen angeprangert:

„Dieser allgemeine Niedergang ist die Folge des unmoralischen Kapitals, des unproduktiven Kapitals, das von Ausbeutern und Spekulanten, von einzelnen und von ganzen Korporationen, gleichviel, ob von Banken oder von Trusten, aufgehäuft wird. Dieses brachliegende Kapital ist das Ergebnis der produktiven Arbeit der Arbeiterhände und Angestelltengehirne, und anstatt dem Fortschritt zu dienen, wird es zur Grundursache der allgemeinen Armut und Defizienz. Heute herrscht nicht Ordnung, sondern Chaos. . . Des Kapital hat sich alle Früchte des menschlichen Geistes angeeignet, technische Erfindungen, Fortschritte der Wissenschaft, neue Arbeitsmethoden. Auf diese Weise wird alles, was dem Menschen ein Segen sein soll, ihm zur Verdammnis. Ich bin keineswegs gegen die Maschinen. Ich weiß, daß sie den Fortschritt bringen könnten, doch die Arbeiter, die in England die ersten Maschinen zertürmerten, haben instinktiv ganz richtig gefühlt, daß die Maschinen sie eines Tages ums Brot bringen und in Not und Verzweiflung stürzen werden. Ich sehe im Aufblühen der Industrie und der Technik keinen Fortschritt, solange der Mensch, der der Herr der Materie sein soll, ihr Sklave ist, solange nicht ihm die Maschine dient, sondern er ihr Sklave ist.“

Dr. Kordac findet in seinen Ausführungen treffliche Worte gegen den Kapitalismus. Wir halten seine Meinung für durchaus richtig und mit der unserigen übereinstimmend. Da die freien Ge-

Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und mit Freude arbeiten und Zeit übrig haben, seinen Geist und seine Augen zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist. (Fidite)

werkschaften den Arbeitern und Angestellten einen größeren Ertrag ihrer Arbeit sichern und sie damit konsumfähiger machen wollen, tragen sie im Sinne des Erzbischofs von Prag zur Beseitigung der Wirtschaftsnot in nicht geringem Maße bei. Eine bessere Bestätigung der Richtigkeit ihres Wirkens können die Gewerkschaften wohl kaum bekommen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen mögen aber aus vorstehendem erkennen, daß es nicht allein um Lohn und soziale Ertragschaften bei den Eisenbahnern geht, nein, es geht um den Lebensstandard der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenenschaft. Holt die Reserven heran, damit der Gesamt-Verband in diesem Kampfe siegreich bleibt. Josef Gerbracht.

Warum muß jedes Mitglied die „Gewerkschaft“ regelmäßig lesen?

Lieber Leser! Wenn wir uns in dieser Nummer unserer Bildungsbeilage mit der Arbeiterpresse beschäftigen, so können wir nicht vorübergehen an unserem eigenen Blatt. Wir klagen an!

In Berlin und anderswo erfahren wir aus den Generalversammlungsberichten, daß die „Gewerkschaft“ nicht genügend gelesen wird. Beweise dafür haben unsere Vertrauensleute nicht nur durch den Augenschein, sondern auch durch die Unkenntnis weitester Kreise der Mitgliedschaft über wichtigste Vorgänge in unserm Verbandsleben. Ungezählte Anfragen in Versammlungen und vor allem in den Ortsbüros, bei den Unterkassierern und Vertrauensleuten über Dinge, die in ausführlichster und klarster Weise im Verbandsorgan wiederholt behandelt worden sind, sind untrügliche Beweismittel für manche Unterlassungssünde unserer Leserschaft. Dürfen wir daran erinnern, daß unser Hauptorgan, „Gewerkschaft“ (bzw. „Beamten-Gewerkschaft“), dazu geschaffen wurde, um jedem Mitglied das Zusammengehörigkeitsgefühl im Verband zu stärken. Aus diesem Grunde gilt es, sich nicht nur zu interessieren für Einzelvorgänge in der engeren Berufssparte, sondern für das gesamte Verbandsleben. Ja, die gesamten Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaft müssen fortlaufend von jedem Mitglied erkannt und wahrgenommen werden. Darum hat unser Hauptorgan die Aufgabe, fortlaufend wirtschaftliche und politische Fragen der Arbeitnehmerbewegung in den Vordergrund zu rücken unter dem Gesichtspunkte der gewerkschaftlichen Taktik. Hierzu treten die zahlreichen allgemeinen gewerkschaftlichen Zeit- und Streifenfragen in den Vordergrund alles Interesses:

1. Wie kann das Arbeitslosenproblem wesentlich gemildert werden?
2. Wie können wir den Bestrebungen des Unternehmertums und der Behörden im Lohn- und Gehaltsabbau Einhalt gebieten?

Es ist klar, daß eine „Patentlösung“ im Sinne Ludendorffs hier nicht zu finden ist und alle Weltbeglucker von rechts und links, die ein solches Wundermittel zur Verfügung haben, müssen als gewerkschaftliche Scharlatane gekennzeichnet werden. Wie oft hört man aber in den Betrieben Diskussionen, die darauf ausgehen, sowohl in bezug auf die Arbeitslosigkeit als auch die Lohnfrage, solchen Wundermitteln Glauben zu schenken. Darum bedarf es von Seiten der Gewerkschaftspresse immer wieder erneut der unmittelbaren Aufklärung. So kann es sich wohl ergeben, daß mancher Kollege, der in der Bewegung gefestigt ist, diesen oder jenen Artikel als selbstverständlich ansieht und ihn beim Lesen überschlägt. Aber auch das halten wir für bedenklich. Jeder Funktionär und jeder Kollege, der gewillt ist, den zweiten Mann für die Organisation heranzuziehen, muß sich immer wieder von neuem der guten Gründe bedienen, die für die Aufklärung Indifferenter und Gleichgültiger erforderlich sind. An vielen Orten geschieht das in ausgiebigster und vortrefflichster Weise. Manche Vertrauensleute bearbeiten systematisch in ihren Betrieben die Kollegen, damit sie sturmreif für die Organisation werden. Zu den Mitteln hierfür dient in erheblichem Maße unsere „Gewerkschaft“. Unter den zahlreichen Artikeln über wirtschaftliche, politische und soziale Erscheinungen unserer Zeit ist so reichhaltiges Agitationsmaterial vorhanden, daß es oftmals nur eines besonderen Hinweises bedarf auf bestimmte Artikel, um die Kollegen nicht nur über Irrtümer aufzuklären, sondern auch das Verständnis zu erwecken und zu festigen für die Organisationsbestrebungen, insbesondere aber auch für unsere Gewerkschaftstaktik in dieser schweren Zeit der Not.

Leider wird heute der Leser durch die Tagespresse allzu stark auf Sensationsüberschriften und dramatische Vorgänge aller Art hingewiesen. Insbesondere ist es die sogenannte unparteiische Presse, die in vielen Arbeiterhaushaltungen noch vorhanden ist und den Leser wahrlich nicht zum eigenen Denken erzieht. Hier könnte man vielleicht von einer Art „süßen Gifts“ sprechen. Noch schlimmer ist freilich die Nazi-Presse mit ihrer zumeist völlig falschen Sachdarstellung des Wirtschaftsprozesses, in der Politik und der Arbeiterbewegung. Hier kann man von einer regelrechten systematischen „Brunnenvergiftung“ sprechen. Aber auch die kommunistische Presse, die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft gelesen wird, bringt heute im Interesse ihrer Partei in ungezählten Fällen vollständig falsche

Sachdarstellungen, von deren Unmöglichkeit oftmals die Redakteure sicher selber überzeugt sind. Dem Leser aber wird zugemutet, all das unsinnige Zeug zu glauben, was da verzapft wird. Manchmal wird mit knalliger Uberschrift irgendeine verleumderische Behauptung auf der ersten Seite gebracht, um dann in drei oder vier Wochen nach einem Prozeß an verstickter Stelle zurückgenommen zu werden. Es ist geradezu merkwürdig und könnte einen fast melancholisch machen, daß solche Lektüre immer wieder geglaubt wird, obwohl sich der aufmerksame und kritische Leser selber ein richtiges Bild machen kann von den Vorgängen, wie sie ihm dargestellt werden.

Natürlich wollen wir nicht verschweigen, daß auch in der sozialdemokratischen Presse manche Dinge kritisch gelesen werden müssen. Trifft auch hier im allgemeinen die Grundtendenz mit den wirtschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaften zusammen, so bleibt doch für den Leser naturgemäß die Notwendigkeit, kritisch an den Lesestoff heranzugehen; denn man muß natürlich nicht auf jedes Wort oder auf jeden Artikel seiner Parteipresse schwören. Andererseits ist doch festzustellen, daß wir in unseren Aufgaben und Kämpfen in der sozialdemokratischen Presse die weitest gehende Unterstützung und Hilfe finden.

Und nun unsere Gewerkschaftspresse selbst. Sie hat neben der Klarstellung der wirtschaftlichen Geschehnisse die Aufgabe, als Kampforigan für unsere Forderungen einzutreten. Das ist in heutiger Zeit nicht ganz einfach; denn bei der Lage des Arbeitsmarktes sind wir leider in der Hauptsache auf den Abwehrkampf angewiesen. Um dies aber allen Mitgliedern voll verständlich zu machen, ist nicht nur weitest gehende Information erforderlich, sondern wir müssen hier auch mit unserer sozialistischen Erziehungsarbeit einsetzen und die ferneren Programmziele unseren Kollegen immer wieder zum Bewußtsein bringen. Nicht für alle Zeiten darf dieses Elend der Arbeitslosigkeit ertragen werden, sondern wir müssen stetig den Kampf für Arbeitsbeschaffung in Gang halten. Nicht für alle Zeiten darf auch das Bestreben der Unternehmer Erfolg haben, Lohn- und Gehaltsabbau durchzusetzen. Wir müssen also in den Organisationen uns noch viel stärker rühren. Nicht für alle Zeiten darf auch die Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft so weitgehende Erfolge haben, wie das in den letzten Monaten und Jahren leider dem Privatunternehmertum gelungen ist. Hier hat ohne Zweifel auch ein Teil der öffentlichen Meinung versagt und es bleibt Aufgabe der Gewerkschaftspresse, allen Mitgliedern zum Bewußtsein zu bringen, was es bedeutet, wenn die soziale Gestaltung der Lohntarife in den öffentlichen Betrieben durch Entkommunalisierung usw. scharf gefährdet wird. Aber auch in den Konsumgenossenschaften, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Mitgliedschaft haben, ist es erforderlich, die Errungenschaften der sozialen Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse unter allen Umständen zu sichern. Wir müssen mit unserm ungeheuren Verbreitungsbezirk

ein starkes Instrument der öffentlichen Meinung

werden. Diese Aufgabe hat sich die gesamte deutsche Gewerkschaftspresse gestellt. Sie kann nur erfüllt werden durch rege Anteilnahme jedes einzelnen Lesers an seinem Verbandsorgan. Aus diesem Grunde haben wir auch nicht nur unsere Kollegen selber, sondern den ganzen Kreis der Familie seit Jahren zu erfassen versucht durch unsere Bildungsbeilage. Hier werden alle Fragen, die zwar nicht unmittelbar mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen, behandelt, die aber von größter Wichtigkeit für die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft sind.

Wir möchten unsere Epistel mit dem Wunsche schließen, daß jeder Funktionär und Vertrauensmann in Zukunft nach Möglichkeit dafür sorgt, daß jeder Kollege rechtzeitig seine Zeitung bekommt, daß er aber auch feststellt und freundschaftlich kontrolliert, ob unsere „Gewerkschaft“ gelesen wird und daß hierzu in allen Betriebsbesprechungen sowie in der mündlichen Agitation immer wieder erneut Anregungen von dem einzelnen gegeben werden müssen. Auch für unsere Organisation gilt das Gesetz: Der Verband kommt nur vorwärts in seiner inneren Entwicklung, wenn jeder einzelne sich vorwärts entwickelt!

Edl.

Wie die Zeitung entsteht

Es ist elf Uhr nachts. Ein Riesensaal, der von vier langen Tischen durchzogen wird. Die meisten Sessel sind leer. Die Tische sind mit zusammengeknüllten Papiermassen bedeckt. Bei jedem Sessel steht ein Tischtelefon.

Hier und dort sitzen Gruppen von Männern in Hemdärmeln, große Stöße von Papier vor sich und schreiben fieberhaft. Ununterbrochen wandern Notizen von einem zum anderen. Gewöhnlich endet die Wanderung bei einem würdig aussehenden Herrn am Ende des Tisches, der aber trotz seiner Würde gleichfalls in Hemd-

ärmeln Fragen exakt und erschöpfend Antwort geben, nämlich auf die Fragen: Was? Wer? Wo? Wann? Warum?

Nach Mitternacht gehen der Neuigkeitsredakteur und seine Unterredakteure nach Hause und an ihre Stelle tritt die Nachtreaktion, geführt vom Nachtreakteur. Die bleibt bis gegen vier Uhr früh an der Arbeit. Sogar noch um diese Zeit wird, wenn ein wirklich wichtiges Ereignis eintritt, die Titelseite der noch nicht gedruckten Exemplare nochmals umgeändert. Als das Luftschiff „R 101“ in Flammen aufging, langte diese Schreckensmeldung erst

in den Morgenstunden in England an. Trotzdem hatten alle großen Tageszeitungen bereits den Bericht. In einer einzigen Zeitung war der diensthabende Nachtreakteur offenbar zu verschlafen, um die Titelseite frisch „aufzumachen“, und er reichte die Meldung unter die „Nachrichten während des Druckes“ ein. Der Mann wurde am nächsten Tage entlassen. — Die Hauptarbeit des Neuigkeitenredakteurs oder des Nachtreakteurs besteht darin, aus den ihm von den Unterredakteuren übergebenen Berichten die interessantesten auszuwählen. Mangel an Nachrichten hat er nie. Wenn er von seinen eigenen Reportern und Korrespondenten zu wenig bekommt, dann stehen im Raume nebenan vier Maschinen, aus denen ein ununterbrochener Streifen, mit Worten hervorläuft. Das sind die Meldungen der großen Nachrichtenagenturen, die alle Zeitungen bedienen. Eine von ihnen ist die amtliche Reuter-Agentur, die auch die Nachrichten aller anderen amtlichen Agenturen, der französischen Agence Havas, des deutschen Wolff-Büros, der österreichischen Amtlichen Nachrichtenstelle, allen Tageszeitungen liefert. Die drei anderen sind private Agenturen. Aber eine große Zeitung verwendet die Agenturen nur in Fällen, wo sie keine Eigenberichte bekommen kann. — Eine besondere kleine Gruppe von Redakteuren ist mit der Versorgung der in Manchester erscheinenden Provinzausgabe betraut. Erst seit der „Daily Herald“ ebenso wie die anderen großen Zeitungen eine eigene „Nordausgabe“ hat, die in Manchester gedruckt wird, kann er den bürgerlichen Zeitungen wirklich erfolgreich Konkurrenz machen. Früher mußte der für Nordengland bestimmte Teil der Auflage schon abends gedruckt und mit der Eisenbahn nach Norden befördert werden. Damals gehörte ein großes Stück Heroismus der

Teilhaber liest seine Zeitung

Teilhaber liest seine Zeitung und runzelt die Stirn, Der Leitartikel ist ihm zu pathetisch, Aber schon raseln wie Blei über steinernen Boden Artikelchen hin neben Artikel zum gestrigen kehricht, Ein zur schwindeligen Höhe von gestern! Da liegt das Gerümpel!

Ideale, wie neu, nur ein wenig am Rande beschädigt! Mannestreue, schwarzweißrote und hatendurchkreuzte! Kleine, unanfällige Lids von Regierungsseite, Und eine Hege, gegen wen? Gegen die Arbeiter! Dort liegt eine Verleumdung nicht totzuschlagen, Nicht totzutampeln! Das Biest ist unerblicklich! Und alles bewahrt in seinem Gehirn unter Freund, Doktor Heinrich Augustin Teilhaber, Dann aber versenkt er sich in ein Kapitel Vogelpost. Denn er ist auch für die Ertüchtigung des Leibes Und liest, was so ein Boxer zum Frühstück verzehrt. Da springt er auf, die vier Wangen gerötet, Da ruft er die Dienstmagd Klara und spricht:

„Klara, zwei Eier, ganz frische, sozusagen unter Aufsicht gelegte Eier,

Und diese gequirt, verkehrte, in Portwein, Du kennst meine Sorte, den von Kempinski, Das bringe schnell zu mir her, Donna Klara!“ Und Klara, sie lacht von wegen der Donna, Dann flügelte sie hin ganz schnell in die Küche, Sie flügelte herbei und Teilhaber schlürft selbige Zwei frische, sozusagen unter Aufsicht gelegte und in Portwein gequirte, Verkostet sich bewußte Freizeiter!

Dann schläft er ein, der Herr Teilhaber, Und auf dem Teppich, da liegt seine Zeitung, Die Zeitung des ordnungliebenden Deutschen, Der Generalanzeiger, Mit Börnenachrichten und auch soliden Geschäften, Mit Mass-ganzeigen und Goethezitate, Mit Zeitberichten und Schreier nach Ueberstunden, Mit Diktaturgebrummel und mit einem Roman von Hedwig, dem kurzen Malheur Was ist generalisch an dem Anzeiger? Die sechste Oede, die politische Dummheit, Der große Stillstand in den bewegenden Kräften der Gegenwart, Die versteinerte Andacht von Altertümern, Die große, heroische Schnauze, mit der Deutschland Den Krieg verloren hat!

M. Barthel

Unterredakteure. Sie müssen die von den Reportern eilig, ohne besondere literarische Formulierung geschriebenen Berichte ordnen, stilisieren, zurechtstutzen. Besonders die Länge ändert sich sehr oft von einer Auflage zur anderen. Der „Daily Herald“ wird in drei Londoner Auflagen gedruckt. Die erste geht in die weitere Umgebung Londons, die zweite in die nähere, die dritte in die Stadt selbst. Jede muß die allerletzten verfügbaren Nachrichten enthalten. Was zur Zeit der Fertigstellung der ersten Auflage die größte Sensation war, kann einige Stunden später zur Druckzeit der dritten Auflage, schon längst von einem noch wichtigeren Ereignis, überholt sein.

Um das Kürzen und Auswechseln zu erleichtern, muß eine englische Zeitungsnachricht von vornherein so geschrieben sein, daß alles Wichtige im Anfang enthalten ist, so daß man den Schluß beliebig wegstreichen kann. Eine Geschichte gemächlich mit Einleitung, Fortsetzung und Schluß zu erzählen ist ausgeschlossen.

In Amerika, wo der Journalismus noch mehr als in England nach festen Regeln gelehrt wird, prägt man jedem Reporterbaby an seinem ersten Arbeitstag ein: Der Leitabsatz muß auf

englischen Arbeiter im Norden dazu, treue Abonnenten des „Herald“ zu bleiben. — Heute weiß der Leser des „Daily Herald“ in Lancashire und in Schottland genau so bald wie der Leser der bürgerlichen Zeitungen, in der wievielten Runde der große Camera seinem Gegner das Nasenbein zerbrochen hat. Der größte Teil des „Daily Herald“ wird telegraphisch nach Manchester gegeben. In einem eigenen Raum der Redaktion steht eine eigene Maschine, die ununterbrochen mit der Redaktion in Manchester in direkter Verbindung ist und das ganze Blatt, samt allen Angaben über Druckgröße, über Stellung der einzelnen Artikel auf jeder Seite usw., nach Manchester mitteilt. In Manchester selbst werden nur noch die Lokalnachrichten, die für London uninteressant sind, hinzugefügt.

Dadurch, daß die Arbeiterpartei im „Daily Herald“ eine Zeitung hat, die technisch und journalistisch mit den größten bürgerlichen Zeitungen konkurrieren kann, besitzt sie ein wichtiges Werkzeug im Kampf um die politisch noch nicht gebildeten Massen, ein Werkzeug, das die Führer der englischen Arbeiterbewegung anerkennen und das die Gegner der Arbeiterpartei fürchten.

F. Schön i. „Wiener Arbeiter-Zeitung“.

Stärke und Wesen der internationalen Presse

Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft ist es, ihren Gegner, also auch die bürgerliche Presse, kennenzulernen.

In England, dem Mutterlande der formalen Demokratie, gilt als Regierungsorgan die „London Times“, eine Zeitung, die sich immer dem jeweiligen Regierungskurs anpaßt. Ihr Besitzer ist Lord Walter. Die englische Presse wird im allgemeinen von sechs großen Zeitungskonzernen beherrscht. Die älteste Gruppe ist die bei Beginn des 20. Jahrhunderts von Lord Northcliffe begründete konservative. Lord Northcliffe begann seinen Pressebesitz mit dem Kauf der „Daily Mail“ (etwa 1,9 Millionen Auflage), 1905 ging auch die bedeutende „The Times“ in seinen Besitz über. Jetzt wird ein Teil des sogenannten Northcliffe-Konzerns, die zweite Gruppe also, geführt von dem Bruder Northcliffes, dem Lord Rothemere. Die bedeutendsten Zeitungen dieser Gruppe sind die „Daily Mail“, die „Daily Mirror“, die „Evening News“, die „Sunday Pictorial“ (etwa 2 Millionen Auflage), die sich vervollständigen durch zahlreiche Tageszeitungen in der Provinz. Diesem Konzern angeschlossen ist die Amalgamated Press Ltd., die über 75 Wochen- und Monatschriften umfaßt. Der mächtigste Zeitungskonzern Englands ist die dritte Gruppe, der gleichfalls konservative Zeitungskonzern von Sir William Berry. Sie verfügt über die drei größten Londoner Zeitungen, darunter die „Sunday Times“ sowie weitere 123 Zeitungen. Hinter diesem Konzern stehen vorwiegend die Interessen der Textilindustriellen sowie die der Montanindustrie. Die vierte Gruppe ist die des Lord Beaverbrook. Die liberale Auffassung Englands wird im wesentlichen von zwei Gruppen bestritten. Die eine Gruppe, die fünfte demnach, ist der liberale Harrison-Konzern. Hinter dem Harrison-Konzern steht der ehemalige indische Vikar Lord Reading. Die sechste Gruppe bildet der liberale Starmer-Konzern, mit 34 Zeitungen. Mit diesem Konzern sind auch die sogenannten liberalen Quäker- und Kakao-Blätter verbunden, die in sehr enger Fühlung mit dem rechten Flügel der Labour Party stehen. Es wäre dann noch die gleichfalls liberale „Manchester Guardian“ zu nennen. Die englische Arbeiterbewegung hat sich seit 1919 zur stärksten englischen Partei entwickelt. Sie verfügt nur über eine Zeitung, die „Daily Herald“. Die Zeitung hat über 1 250 000 Auflage.

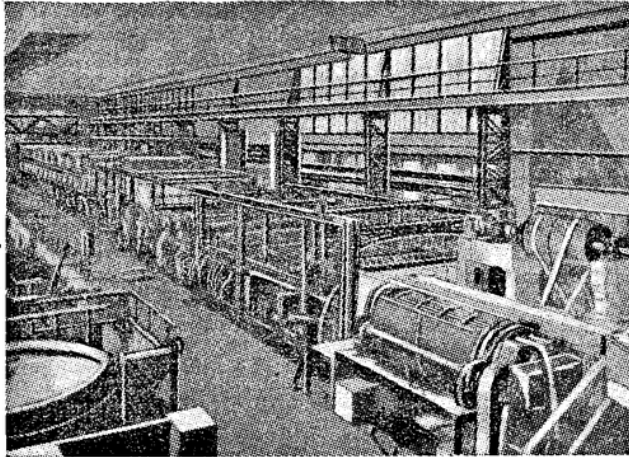
Amerika (USA) verfügt über eine, was deren Auflage und Umfang betrifft, in das Phantastische gehende Presse. Das größte USA-Blatt, die „New York Times“, steht dem Finanzkapital nahe und gilt als konzernfrei. Die „New York World“ gilt als das verlogenste Sensationsblatt der Welt und ist gleichfalls konzernfrei. Die von Gordon Benett begründete „New York Herald Tribune“ steht der Montanindustrie nahe. Der größte Pressekonzern von USA, und wahrscheinlich der ganzen Welt, ist der von William R. Hearst. Ihm gehören u. a. die 47 größten Tageszeitungen sowie direkt oder indirekt 2000 Provinzzeitungen an. Die führende Zeitung des Hearst-Konzerns ist die „New York American“, die imperialistische Interessen vertritt, ihr folgen das „Morning Journal“, das „New York Evening Journal“, die „Cosmopolitan“ usw. Als nächstgrößte Gruppe in Amerika gilt der Scripps-Konzern, mit 26 Zeitungen, hinter dem, genau wie hinter dem Hearst-Konzern, eine riesige Telegraphenagentur, die sogenannte United-Press steht. Sie hat ein Kabelnetz von 180 000 Kilometer gepachtet und bedient damit etwa 1200 Zeitungen in 38 Ländern, davon 800 in U. A., während sich die anderen vorwiegend in Südamerika befinden. Die größte Telegraphenagentur ist die Associated-Press. Die Arbeiterschaft in der USA verfügt über keine einzige parteipolitische Zeitung, wohl aber haben die Gewerkschaften eine eigene Nachrichtenagentur, die Federated-Press, die allerdings sehr schwer zu kämpfen hat.

Frankreich hat wohl die korrupteste und bestochlichste Presse der Welt. Die Zeitungen sind in ihrer Haltung reaktionell wohl parteipolitisch, aber in ihren Wirtschafts-, Handels- und

Inseratenteilen restlos irgendeinem Unternehmer, einer Bank, oder sonst einem Spekulanten verfallen, da sie diese Teile verpachten oder verkaufen, um sich finanziell zu halten. Der einzige französische Pressekonzern gehört dem bekannten Parfümindustriellen Coty. Seine führende Zeitung, die „Le Figaro“, gilt als bedeutendste von Paris. Er besitzt in Paris noch die „Gaulois“ und die „Ami du Peuple“. Dann haben wir noch den Zusammenschluß von einer Reihe von Zeitungen unter dem Namen „Presse Regionale“, der über 11 Tageszeitungen und 14 Wochenschriften verfügt. Interessant ist weiter, daß fast alle französischen Zeitungen, mit Ausnahme der kommunistischen, von der französischen Regierung subventioniert werden. Die größte Nachrichtenagentur Frankreichs ist die Agence Havas. Die „Le Populaire“ in Paris ist das Zentralorgan der französischen Sozialisten, während dieselben in der Provinz nur über wenig und ziemlich bedeutungslose Zeitungen verfügen.

Italien verfügt seit der faschistischen Diktatur Mussolinis über keinerlei Pressefreiheit mehr. Selbst die klerikale Presse ist trotz Vertrag mit dem Vatikan noch stark zensuriert. Eine sozialistische Presse existiert nicht mehr. Selbst die faschistische Presse geht dauernd zurück. Mit einem Wort gesagt, die italienische Presse

liegt vollständig darnieder. Als Nachrichtenagentur gilt die Agencia Stefania. — Tschechoslowakei. Nach einer amtlichen Fählung gab es in der Tschechoslowakei 131 Tageszeitungen, davon erschienen in deutscher Sprache 67, in tschechischer und slowakischer Sprache 49 und 15 in ungarischer und anderer Sprache. Als amtliche Telegraphenagentur gilt die Tiskora Cancelet. — Rußland macht insofern von allen Staaten eine Ausnahme, als wir hier unter der sogenannten proletarischen Diktatur natürlich nur eine bolschewistische Presse haben, eine Zeitung anderer politischer Auffassung gibt es in Rußland nicht. In der UdSSR. gibt es 559 Zeitungen mit einer Auflage von 8 250 000. Vor dem Kriege besaß Rußland auf einem weit größeren Gebiet, denn die Rand-



Literatur reißt Wälder

Der riesige Dapierverbrauch der Welt frisst ganze Wälder auf. In den Papierfabriken stehen ungeheure Maschinen zur Herstellung des Papiers. Unter Bild veranschaulicht solch ein gewaltiges Instrument, in das der Holzbrei hineinfließt, um als Druckpapier herauszukommen. Diese Millionen Nadelbäume sterben, um als Papier aufzuerstehen.

staaten fehlen jetzt, nur 535 Zeitungen mit 2 700 000 Auflage. Dazu kommt in Rußland ein vollständig neuer Zeitungstyp in Frage, die sogenannten Wand- oder Betriebszeitungen, die meistens handschriftlich hergestellt, vielen Tausenden die Zeitung überhaupt ersetzen. Als Telegraphenagentur kommt die offizielle Tass (Telegraphenagentur der Sowjet-Staaten Rußlands) in Frage.

Polen. Die Lage in Polen ist in vielem ähnlich der Lage der Presse in Italien. Es gibt in Polen (1928) 2353 Zeitungen. Man zählt 1866 polnische, 171 jiddische, 116 deutsche, je 29 ukrainische und weißrussische, 24 hebräische und 21 russische Zeitungen.

Deutschland zählte Anfang 1929 insgesamt 5252 Zeitungen, die sich wie folgt verteilen: Parteilos 1578, amtliche 197, nationale 341, Zentrum 315, bürgerliche 154 und sozialdemokratische nach dem Stand vom 1. Januar 1930 203. In der Konzentration der Presse steht an erster Stelle der nationale Hugenberg-Konzern, dem 1600 Zeitungen direkt oder indirekt unterstehen. Ihm gehört auch die nichtamtliche Telegraphenagentur, die sogenannte T.U. (Telegraphen-Union); die amtliche Telegraphenagentur heißt W.T.B. (Wolffs Telegraphen-Büro). Dazu kommt in Berlin der Mosse-Konzern, dem eine Anzahl speziell Berliner Blätter gehören und der demokratische Ullstein-Konzern. Das Zentrum hat zwei Konzerne: Den katholischen Presseverein mit 24 Tageszeitungen in München und die Zeno (Zeitungs-Verlagsgesellschaft Nordwestdeutschland) mit 28 Provinzblättern in Münster i. W. Der Verband oberösterreichischer Zeitungsverleger in Friedrichshafen verfügt über 19 Blätter. Zu vermerken wäre noch der nationale Konzern Leonhardt in Braunschweig und die kommunistische Dewag (Presseerzeugungs- und Derwertungs-AG.) in Berlin. Die Konzentrations-AG. (SPD.) hat zurzeit 129 Verlage mit 107 eigenen Druckereien und 203 Zeitungen.

Au tag in „Sächsische Volkszeitung“.

Todeskampf der Freiheit

IX.

Aber das Fehlen jedes Gerechtigkeitsgefühls und jeder Wahrhaftigkeit macht sein Spiel undurchsichtig. Kaum hat er eine Rede im Senat beendet, in der er der Geselligkeit huldigt, findet man ihn in seinem Arbeitszimmer bei der Durchsicht der Unterzeichner der Subskriptionslisten für den „Avanti“ und die „Giustizia“: er streicht die Namen rot an und schreibt auf den Rand: „Ist der Faschismus eingeschlafen?“ Dann scheidet er die Listen an den „Fascio“ der Orte, in dem die Unterzeichner wohnen.

Diese Bleistiftzeichen bedeuten: „Gibt es keine Knüppel mehr in den Läden und kein Rizinusöl in den Apotheken?“

Die lokalen Führer, die „Kas“, verstehen diese symbolische Sprache und beweisen ihr Verständnis durch Taten. Wer Geldsummen an sozialistische oder Oppositionsblätter geschickt hat, wird in das Lokal der Miliz gerufen, beschimpft, geschlagen, oft verwundet, manchmal getötet. In den Kellern jeder faschistischen Kaserne wiederholen sich die unheimlichen Mysterien der mittelalterlichen Folterstätten. So läßt man den Terror hausen, aus dem Mussolini einen doppelten Vorteil zieht, weil er das Übergewicht der Miliz vermehrt und gleichzeitig in der öffentlichen Meinung die Auffassung unterhält, Mussolini sei unentbehrlich, um die wilde Roheit seiner Parteigänger im Zaum zu halten.

Wenn man den Mann von der Straße belauscht, der nun einmal berufen ist, sich jeden Unsinn einreden zu lassen, so hört man sagen:

„Das ist schrecklich, aber es würde noch schrecklicher sein, wenn Mussolini nicht da wäre.“

Auf dieses noch Schrecklichere, was man vermeiden soll, gründen der Duce und die Clique der mit ihm verbündeten Politiker des alten Regimes ihre Macht.

Aber es handelt sich hier um eine Komödie, auf die nur jene hereinfallen, die hereinfallen wollen. Und aus der Komödie wird sehr schnell ein Trauerspiel, genau sechs Wochen nach der Bildung des ersten faschistischen Kabinetts.

Am Abend eines Sonntags, des 17. Dezember 1922, werden in Turin zwei Faschisten bei einem Kaufhandel tödlich verwundet. Dies nahm man zum Vorwand einer schändlichen Mordtat.

Von Anfang an war Turin dem Faschismus ein Dorn im Auge. Sein kommunistisches und sozialistisches Proletariat, seine glottitanische Bourgeoisie und die jungen Leute seiner Intelligenz, die in Piero Gobetti ihren Führer sahen, mißfielen den Schwarzhemden im höchsten Grade. Diesen Leuten wollte man eine Lektion geben.

Schon am nächsten Morgen trafen die faschistischen Plotons ir. Aktion. Das erste Opfer der Repressalien war der kommunistische Organisator Carlo Berruti. Er wurde in seiner Wohnung verhaftet, man zwang ihn, in ein Auto zu steigen und führte ihn nach den Wällen außerhalb der Stadt. Dort mußte er aussteigen. Marsch! kommandierten seine Henker.

Ruhig, mit einem sarkastischen Lächeln auf den Lippen, schreitet Berruti vorwärts. Sechs Revolverschüsse, ein dumpfer Fall. Aus dem reglosen Körper des Toten sickert das Blut...

Gegen Mittag hält ein Auto in der Via Balancieri Nr. 3. Zwei Leute, die keiner Partei angehörten, wurden ausgehoben. Man fährt sie weit hinaus aufs Land, jenseits des Po. An einer Hecke wird haltgemacht. Die beiden fragen verstört, was denn mit ihnen geschehen soll. Keine Erklärung. Acht Schüsse. Ein Toter: Cesare Pochettino; ein Verwundeter, den man für tot hält: Zurletti.

Und weiter.

Zur gleichen Zeit besorgen andere Plotons die gleiche Arbeit. Zu dem Trambahner Chiolero kommen die Leute, als er sich gerade mit Frau und Kind zu Tisch setzt. Es wird an die Tür geklopft.

„Herein.“

Bewaffnete Männer erscheinen in der Tür.

„Was wollen Sie?“

„Matteo Chiolero.“

„Das bin ich.“

Er hat nicht die Zeit, ein weiteres Wort zu sagen. Die Wichte drücken ihre Revolver ab und laufen davon, während eine junge Frau über der Leiche ihres Mannes weint.

Das war nur der Anfang.

Am Abend waren alle faschistischen Banden um das Volkshaus konzentriert worden. Die Polizei — das versteht sich — hat sich vor den Schwarzhemden zurückgezogen. Die Türen werden durch Brandgranaten zerstört. Die wenigen Beamten, die zu dieser

Nachtzeit noch in ihren Büros sind, werden überfallen, geschlagen, verwundet. Und dann ging die Vermüstung los...

Es war wie ein Bild der Apokalypse, dieser in Flammen aufgehende prächtige Bau. Zuerst hat man den Turm angesteckt und dann den Flammen durch Ströme von Petroleum den Weg gewiesen. In kurzer Zeit ist das Volkshaus nur noch ein Flammenmeer, dessen roter Gischt bis zum Himmel spritzt. Rund herum tanzen die Schwarzhemden, johlend, jubelnd, tobend, wie im Delirium.

Welch tragisches Schicksal ließ Pietro Ferrero gerade jetzt an den Ort des Brandes kommen? Man erkennt ihn, er wird gepackt und geschlagen. Von den ihn umringenden Schwarzhemden hin und her gerissen, stolpert er und fällt zu Boden. Die fauchende, johlende Menge, die nichts Menschliches mehr hat, kreischt: „An die Laterne mit ihm!“

Aber auch das wäre noch zu menschlich!

Pietro Ferrero wird noch lebend mit den Füßen an ein Auto gebunden und als blutender Klumpen zerfetzten Fleisches durch den ganzen Korso Dittorio Emmanuele geschleift. Seine Leiche war derartig entstellt, daß seine eigene Schwester ihn nicht erkennen konnte.

Pietro Ferrero war der Sekretär der Metallarbeiter. Seiner politischen Haltung nach war er Anarchist und hatte während seines ganzen Lebens nur zwei Dinge angestrebt: sich selbst zu bilden und die anderen zu bilden. Dieses Streben sollte er mit seinem Leben bezahlen.

Die grauenhafte Serie der Ermordeten dieses Dezembertages schloß mit den Namen Andrea Chiosso, der vor den Augen seiner Großmutter gelynchet wurde, Matteo Tarizzo, den man durch Gewehrschüsse niederstreckte, Erminio Andreoni, der im Beisein seiner Frau ermordet wurde, weiter Evasio Becchio, Leone Mazzola, Giovanni Massaro und Angelo Quintaglie, alles Sozialisten.

Die Regierung nahm die Sache kaum zur Kenntnis und sah keinen Grund zum Eingreifen. Der Präfekt von Turin wurde ver setzt, eine Strafhandlung gegen Unbekannte eingeleitet, und der Führer der faschistischen Banden von Turin erhielt einen Orden. Im übrigen sah ja der Mann, der die ganze Mordtat eingeeben hatte, selbst in der Regierung, das war der damalige Minister für Pensionswesen de Vecchi, der heute italienischer Botschafter beim Vatikan ist. Dieser sandte sogar dem Fascio von Turin ein Beifallstelegramm.

Die Regierung sah keine Veranlassung, auf dem Grabe der Ermordeten auch nur eine heuchlerische Träne zu vergießen, denn man stand am Vorabend der Wahlen, und es mußte den Faschisten bewiesen werden, daß ihnen alles erlaubt war.

Es war am 30. Mai 1924.

Die neue Kammer tagte seit dem 24. Mai. Man hatte soeben bei der Präsidentschaft einen Antrag eingebracht, die Mehrheitsliste im Block zu konvalidieren.

Aus den dreißig Faschisten der vorigen Legislaturperiode waren diesmal dreihundertfünfzig geworden. Montecitorio ähnelte mehr einem Bivak als einer gesetzgeberischen Versammlung. Durch Gewalt und Betrug zum Mandat gelangt, kümmerten sich die Faschisten nicht im mindesten um die parlamentarischen Formen. Sie erschienen in der Kammer in schwarzem Hemd und die Brust mit Orden beladen. Ihre Aufgabe bestand darin, dem „Duce“ zuzujubeln und Lärm zu machen, sobald ein Mitglied der Opposition das Wort nahm. Sie hatten zwar kein Vertrauen zu Gründen und zur Vernunft, aber desto mehr zu ihren Fäusten.

Die bloße Nachricht, daß die Opposition diese Konvalidierung en bloc nicht ohne Einspruch dulden würde, weil sie inhaltlich ein Skandal, der Form nach eine Verlesung der Verfassung war, hatte die Faschisten in Wut versetzt. Als der Präsident Matteotti das Wort erteilte, wurden von den Bänken der Rechten die ersten Aeusserungen des Hasses laut, ehe der sozialistische Abgeordnete auch nur ein Wort ausgesprochen hatte.

Auf seinem Platz stehend, ein paar Blätter mit Notizen in der Hand, ließ Matteotti, in völliger Ruhe und Selbstsicherheit, die erste Schimpfwelle vorübergehen. Er hatte in vier Jahren parlamentarischen Kampfes, in denen ihm immer mehr die Führerrolle zuefallen war, schon ganz anderes erlebt. Er gehörte zu jenen Willensmenschen, die bei aller Achtung der Doktrin sich doch nie dazu entschließen, den Geist dem Buchstaben zu opfern oder die Tat der Lehre. Er verstand es, sich selbst und andere zu beherrschen

Beamte und Sozialdemokratischer Parteitag

Der Parteitag der SPD. findet am 31. Mai in Leipzig statt. In der heutigen politischen und wirtschaftlichen Krisenzeit werden die Beamtenfragen voraussichtlich noch weniger als auf den zurückliegenden Parteitagen im Vordergrund der Beratungen stehen. Das ist um so mehr anzunehmen, als in dem schweren Ringen um die Erhaltung und Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften der gesamten Arbeitnehmerschaft die führenden Persönlichkeiten in der Partei wahrscheinlich keine Neigung zeigen werden, sich eingehender mit der gewerkschaftlichen Organisationsfrage der Beamten, ihren Ursachen und Wirkungen zu beschäftigen. Die Einstellung der Partei zu den gewerkschaftlichen Organisationen der Beamtenschaft wird auf den Parteitagen der SPD. solange eine Rolle spielen, bis diese Frage eine befriedigende Lösung gefunden hat.

Im Beamtenprogramm der SPD., beschlossen auf dem Parteitag 1924, wird festgelegt:

„Zwischen dem neuen und dem alten Proletariat — den Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern — gibt es keine Interessengegenstände. Sie alle müssen sich unter dem Banner der Sozialdemokratie zum Kampf um eine vernünftigere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sammeln, zum Kampf um ein neues großes deutsches Vaterland, dessen Größe und Stärke nicht auf den Bajonetten seiner Soldaten, sondern auf dem Glück und Wohlergehen seiner arbeitenden Bürger beruht. Das Görlitzer Parteiprogramm hat die Beamten ausdrücklich in die große Front der Arbeitnehmer eingereiht. Damit hat die Partei nach außen hin bekundet, daß sie im Berufsbeamtentum keine besondere Volksschicht erblickt, deren wirtschaftliche und soziale Verhältnisse von denen der übrigen Arbeitnehmergruppen grundsätzlich verschieden sind.“

Mit dieser programmatischen Feststellung ist die grundsätzliche Stellungnahme der Partei zur gewerkschaftlichen Orientierung der Beamten gegeben. Das ist die Auffassung, die zur Gründung unserer freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung geführt hat und die im Gegensatz zu der Nur-Standespolitik unserer Gegner steht. In dieser Feststellung der SPD. kommt klar zum Ausdruck, daß in dem Ringen um eine vernünftigere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Beamte, Angestellte und Arbeiter einheitlich zusammengefaßt werden müssen. Der Parole der neutralen Beamtenverbände „ein Stand — ein Verband“ setzt die Partei in Uebereinstimmung mit den freien Gewerkschaften die Parole der Solidarität aller Arbeitnehmer entgegen. Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 wurde eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck kommt:

„Die parteigenösslichen Beamten sind verpflichtet, in ihrer gewerkschaftlichen Betätigung für das Ziel des wirtschaftlichen Sozialismus zu wirken.“

Wer für den wirtschaftlichen Sozialismus wirken will, kann nicht reine Standespolitik treiben, er muß vielmehr für die gewerkschaftliche Solidarität aller Arbeitnehmer eintreten. Wer dieses Ziel ehrlich erstrebt, kann gewerkschaftlich nicht neutral sein, sondern er muß, wie es von dem Vorsitzenden des ADGB., Genossen Leipart, so treffend gesagt wurde:

„Frei von jedem Klassendünkel, frei von jedem Standesdünkel, frei von Klassen-, Klassen- und Völkerverhaß, frei von Parteirückfällen und Parteinteressen, insbesondere aber frei vom Unternehmereinfluß“ sein.

Der wirtschaftliche Sozialismus kann nicht unter neutraler Flagge oder mit Hilfe unserer Klassengegner erkämpft werden.

Der Kieler Parteitag im Jahre 1927 mußte sich erneut mit der Beamtenfrage beschäftigen. Aber noch bevor der Parteitag zusammentrat, unterbreitete der Parteivorstand dem Parteiauschuß eine „Deklaration“, in der zwar einleitend zum Ausdruck kommt, daß durch die historische Entwicklung ein enges Verhältnis zwischen Partei und freien Gewerkschaften besteht, daß aber zum DBB. kein derartiger Gegensatz vorhanden sei, wie er z. B. zwischen der Partei und den Hirsch-Duncker'schen oder christlichen Gewerkschaften wegen deren Beziehungen zu bürgerlichen Parteien bestehe. Bezüglich des DBB. wird gesagt:

„... In ihm arbeiten zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie in dem Bestreben, den DBB. als Ganzes nicht in das Schlepptau der bürgerlichen Parteien gelangen zu lassen. Dieser Kampf verdient Anerkennung und Förderung.“

Diese Deklaration fand die Zustimmung des Parteiaususses, sie wurde dem Parteitag unterbreitet und von diesem angenommen. Daneben aber wurde eine Entschließung Aufhäuser-Steinkopf mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben, die folgenden Wortlaut hat:

„In dem Bestreben der Sozialdemokratischen Partei, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem einheitlichen und bewußten zu gestalten, gilt es vor allem, Arbeiter, Angestellte und Beamte politisch wie gewerkschaftlich zum gemeinsamen Handeln zu befähigen.“

Die Beamten, deren Grundrechte unter führender Mitwirkung der Sozialdemokratie in der Weimarer Verfassung gesichert wurden, bedürfen der Verbindung mit der übrigen werktätigen Bevölkerung in erhöhtem Maße. Der Kaufwert ihrer Besoldung ist davon abhängig, inwieweit es der organisierten Arbeiterschaft gelingt, preissteigernde Löhle, Kartellwucher abzuwehren und zu einer konsumentenfreundlichen Wirtschaftspolitik zu gelangen. Die sozialen Beamtenrechte stehen in innigster Wechselwirkung mit dem übrigen Arbeitsrecht der Arbeiter und Angestellten. Die staatsbürgerlichen Freiheiten der Beamten, die freie Entfaltung ihrer Berufsverbände sind nur im freien Volksstaat gewährleistet, deren härtester Schutz wiederum durch die Arbeiterschaft gegeben ist.

Diese Gedanken der Solidarität aller Arbeiter, Angestellten und Beamten finden im Zusammenwirken des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, des „AFA-Bundes“ und des „Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes“ mit ihren angeschlossenen Verbänden ihren lebendigen Ausdruck. Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft fördern. Aufgabe der Parteiorganisation und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.“

Die in dieser Entschließung gegebene Anweisung „Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft fördern. Aufgabe der Parteiorganisation und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen“, wird leider durch die vorher wiedergegebene Deklaration des Parteivorstandes aufgehoben. Diese unklare Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zur gewerkschaftlichen Organisationsfrage der Beamten hat in einer ganzen Reihe von Fällen zu unliebsamen Vorgängen geführt. Anstatt nach der Heidelberger Entschließung zu handeln, nach der die parteigenösslichen Beamten verpflichtet sind, in ihrer gewerkschaftlichen Betätigung für den wirtschaftlichen Sozialismus zu wirken, haben diese zum Teil die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung in der rücksichtslosesten Weise bekämpft. Praktisch liegen die Dinge demnach so, daß mit Ausnahme von wenigen Einzelfällen die Parteigenossen in den neutralen Beamtensverbänden zu den heftigsten Gegnern der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung gehören.

Der bevorstehende Parteitag würde für die gewerkschaftliche Orientierung der Beamtenschaft von außerordentlicher Bedeutung sein, wenn er beschließen wollte, „daß Mitglieder der SPD., für deren Berufe freie Gewerkschaften bestehen, einer freien Gewerkschaft angehören müssen“. Sollte aber eine so eindeutige Beschlußfassung aus parteitaktischen Gründen nicht möglich sein, dann würde folgender Beschluß zu empfehlen sein:

„Die Entschließung Aufhäuser-Steinkopf, angenommen auf dem Parteitag in Kiel 1927, zur Beamtengewerkschaftsfrage, wird bestätigt und erneut den Parteimitgliedern zur Kenntnis gebracht. Die Deklaration des Parteivorstandes ist durch die Annahme dieser Entschließung und ihrer erneuten Bestätigung durch den Parteitag in Leipzig 1931 als erledigt anzusehen.“

Wir betonen ausdrücklich, daß wir Verständnis dafür haben, daß die Beamtenfrage im Rahmen der großen Aufgaben der Partei gehen, nur eine nebensächliche Rolle spielt. Wenn aber die Partei in klarer eindeutiger Weise auf die Beamtenschaft Einfluß gewinnen will, dann muß sie dafür eintreten, daß sich jeder Parteigenosse auch wirklich entsprechend dem Programm und den Zielen der Partei betätigt. Da die Partei selbst eine „neutrale Wirtschaftspolitik“ nicht kennt, muß sie sich naturgemäß gegen die „neutrale“ Gewerkschaftsbewegung der Beamten wenden, die auch politische Ergebnisse zeitigte, die bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 sehr deutlich in Erscheinung getreten sind. Es ist für die Partei gewiß auch lehrreich, daß in der Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine große Zahl von Beamten sitzt, die den neutralen DBB.-Verbänden angehört. Nicht allein in den bürgerlichen Reichstagsfraktionen sind diese „neutral reaktionären Beamten“. Auch in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen hat der Einfluß dieser den demokratischen Staat verneinenden und mit allen Mitteln bekämpfenden „neutralen“ Beamten in einer Weise zugenommen, die zu klarer und rücksichtsloser Abwehr herausfordert. Den Weg dazu freizumachen und alle fortschrittlichen Kräfte nicht allein politisch, sondern auch gewerkschaftlich zum Kampf um unsere gemeinsamen Ziele zu beeinflussen, hat der diesjährige Parteitag in Leipzig Gelegenheit.

J. S a e r f f.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Wo bleibt der zweite Mann?

Dieser Ruf gilt für Partei und Gewerkschaft in erhöhtem Maße. Unorganisierte, ja zum Teil organisierte Kollegen sind oft gar schnell bei der Hand, die Gewerkschaften und deren Führer für den Lohnraub des kurzfristigen Unternehmertums verantwortlich zu machen.

Das Gegenteil ist richtig! Ohne Gewerkschaften wäre der Lohnraub in viel größerem Ausmaß erfolgt.

Daß die Unternehmer dies überhaupt wagen konnten, ist eine Schuld gerade der vielen Unorganisierten. All unsere Kraft und Energie muß der Gewinnung neuer Mitglieder gelten, um das Heer der Indifferenten zu verringern und um die Geistesverfassung unserer Kollegen müssen wir uns mehr kümmern, ihren täglichen Lesestoff kontrollieren und wenn nötig zu korrigieren versuchen.

Wo bleibt der zweite Abonnent? Dies die weitere Frage, die zu stellen ist, um mit aller Kraft neue Leser für die sozialdemokratische Presse zu gewinnen. Viele verschanzten sich hinter die falsch verstandene Neutralität der Gewerkschaften. Wir sind neutral! Wir fragen beim Eintritt niemanden nach seinem politischen und religiösen Glaubensbekenntnis. Aber in der gegenseitigen Unterstützung in ihren Kämpfen sind Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften eins. So ist Böhmens altes Wort zu verstehen. Leider gibt es noch eine große Zahl Gewerkschafter, die das nicht begreifen wollen. Diesen das Verständnis dafür näher zu bringen, muß nun unsere Hauptaufgabe sein. Hier und dort stößt man auf Kollegen, ja auf Funktionäre, die allzu ängstlich bemüht sind, jede Erörterung, die auch nur den leisesten Hauch von Politik zeigt oder sich in der Richtung oben genannter Aussprüche bewegt, aus Versammlungen und Funktionärsitzungen fernzuhalten. — Die dreimal geheiligte Neutralität dieser Leute könnte verfehlt werden. Ein gleiches gilt für die Werbung für unsere Parteipresse.

Der Gewerkschaftspresse sind für die Erörterung politischer Dinge, da sie nur wöchentlich erscheint, Grenzen gesetzt. Wer sich über die täglichen politischen Geschehnisse unterrichten will, und das sollte jeder Arbeiter, muß eine politische Tageszeitung lesen. Hierfür kommt für uns nur die sozialdemokratische Presse in Frage. Leider finden wir noch in zuviel Arbeiterwohnungen die Presse unserer Gegner und Klassenfeinde. — Als Gewerkschafter führen wir den Kampf gegen den Kapitalismus und erstreben die sozialistische Gesellschaftsordnung. Andererseits unterstützen aber viele Arbeiter diesen Kapitalismus, indem sie seine Presse in ihren Wohnungen dulden. Für sein Geld läßt der Arbeiter sich, seine Führer, seine Organisation, sein Streben nach einer gerechteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch diese Presse täglich beschimpfen und herunterreißen. Liest darin täglich Dinge, die seinen vitalsten Interessen zuwiderlaufen. Der schwerste Schlag könnte dem Kapitalismus zugeführt werden, würden die Millionen Arbeiter, die heute noch Leser dieser Zeitungen sind, sich diesem ihrem für sie verderblichen Einfluß entziehen. Gerade die Presse ist eine der verwundbarsten Stellen des Kapitalismus. Ohne die Hunderttausende von Abonnenten aus Arbeiterkreisen, wäre dem Kapitalismus und seiner Clique ein gut Teil Macht und Einfluß geraubt.

Eine betrübende Tatsache, daß hierbei in vielen Fällen die Frauen, weil ihnen die notwendige politische Einsicht mangelt, ein gewichtiges Wort mitreden. Romane vom Schlage der Courts-Mahler, Lokalknatsch läßt die Frauen an Generalanzeiger und ähnlichen Presseorganen festhalten. Bei Hausagitation für die SPD-Presse kann man oft die heitersten, aber auch beschämendsten Episoden erleben. Das sind schlechte Männer, die ihren Frauen gegenüber nicht einmal den Mut aufbringen, sich nach dieser Richtung hin durchzusetzen, daß die bürgerliche Presse aus dem Haus verschwindet und an deren Stelle die sozialdemokratische Zeitung ihren Einzug hält. Hier liegt auch eine der Ursachen, weshalb bei Wahlen noch ein großer Prozentsatz Frauen im Gegensatz zu ihren Männern den bürgerlichen Parteien ihre Stimme geben. „Ich weiß, was ich zu tun habe!“ „Bei der Wahl habe ich auch stets meine Pflicht erfüllt!“ Das sind so Rebensarten, die man von jenen zu hören bekommt. Durch Unterstützung der bürgerlichen Presse beweisen sie, daß sie nicht wissen, was ihre Pflicht ist.

In jeder Versammlung, jeder Funktionärsitzung müssen wir deshalb auf den Wert unserer Zeitung hinweisen. Funktionär von Gewerkschaften dürfte nur werden, wer auch Leser unserer Zeitung ist. Was wollen wir denn mit Funktionären anfangen, die ihr

Wissen aus dem Generalanzeiger (oder dem „Lokal-Anzeiger“, „Morgenpost“ usw.) schöpfen. Diese werden niemals Klassenkämpfer, sondern bleiben schwankende Gestalten. Der Geist einer solchen Verwaltung und Zahlstelle gleicht dem eines Kegeklubs. Mit erhöhter Aktivität müssen wir neben der Werbung neuer Mitglieder für Partei und Gewerkschaft auch neue Leser für die sozialdemokratische Presse zu gewinnen suchen! Das ist das Gebot der Stunde.

M. Gillner, Mors (Niederrhein).

Normung der Gehälter

Vor 50 Jahren galt als Utopie: ein fliegender Mensch oder ein fahrender Wagen ohne Pferde. Wer aber damals voraussagen wollte, daß es diese Generation noch erlebte, den hätte man für „teif“ erklärt. Und doch ist es Wirklichkeit geworden! Heute ist Utopie: Normung der Gehälter, Zehnstufenlohngesetz.

Der Schrei nach Geld hallt durch die deutschen Lande. Reich, Wirtschaft und Arbeiterschaft lassen diesen Ruf ertönen. Das Reich bringt neue Steuererlese, um die Kassen zu füllen. Die Industrie nimmt neue Anleihen auf und kürzt außerdem die Löhne der Arbeiter.

Die Arbeiterschaft als solche geht leer aus und treibt dem Elend zu. 30 Millionen Deutsche stehen heute vor dem Nichts. Trotz aller Bemühungen werden die Kassen leerer und das Arbeitslosenheer wächst mit jedem Tag. Wohin führt dieser Weg? Wir befinden uns in einem Sumpf und heraus schießen rechts und links starke Blüten. Sorgen wir dafür, daß uns diese Sumpfbüthen nicht über den Kopf wachsen. Eile ist geboten! Das Menetekel an der Wand verkündet Unheil: Köpfe sollen rollen. Politischer Mord und Haß aller gegen alle sind an der Tagesordnung. Mit jedem Arbeitslosen werden die Ausgaben des Reiches vermehrt, die Einnahmen vermindert und außerdem geht der Wirtschaft ein Käufer verloren.

Die Unternehmer stöhnen bei jeder Lohnverhandlung: durch die Löhne werde die Wirtschaft vernichtet. Trotzdem zahlen sie Direktorengehälter von 150 000 Mk. und mehr. Mit Bezahlung der Arbeitskraft hat das nichts mehr gemein, das sind Liebhaberpreise, die zu zahlen aber der keine Berechtigung hat, der so stöhnt wie die Vertreter der „Wirtschaft“.

Um aus dem Chaos herauszukommen, brauchen wir eine Normung der Gehälter, ein Zehnstufenlohngesetz. Das heißt: Ein ungelerner volljähriger Arbeiter erhält den zehnten Teil vom Gehalt eines Generaldirektors oder der Generaldirektor erhält das zehnfache Gehalt des Arbeiters und alles andere wird dort hineingruppiert. Der Steuerabzug regelt sich von 1 bis 10, ebenso die steuerfreie Summe. Jeder Betrieb ist von unten herauf und prozentual einzugliedern. Ein Ueberpringen von Lohnstufen ist nicht statthaft. Außerdem Offenlegung der Lohnbücher zur Kontrolle. 3. B. 300 Mk. für den Arbeiter und 3000 Mk. monatlich für den Generaldirektor. Das Gesetz muß beweglich sein. Es kann ein Grundlohn von 250 Mk., 270 Mk. oder 300 Mk. gezahlt werden nach Lage des einzelnen Betriebes, aber immer umgrenzt von den zehn Lohnstufen.

Dividenden, Gratifikationen usw. gelten, da sie in der Jahressteuerkarte aufgerechnet werden, als Entlohnung, und dürfen nur eventuell an alle oder gar nicht gezahlt werden.

Um die Wirtschaft in Gang zu bringen, brauchen wir Geld. Das vorhandene Geld, wenn es nach diesem Modus verteilt wird, reicht dazu aus. Es muß vermieden werden, neue Gelder aufzunehmen, um dem Vorwand der Verteuerung entgegenzuwirken.

Es wird niemand behaupten wollen, daß man mit einem Jahresgehalt von 36 000 Mk. nicht leben kann. Aber eine Umstellung wird notwendig, sowohl im Haushalt wie in der Wirtschaft. Es dürfte aber leichter sein, sich umzustellen von Luxus- in Bedarfswirtschaft als bei Kriegsbeginn von Taschmesser auf Granaten.

Eine Radikalumstellung wird notwendig, wenn es besser werden soll, denn mit Flickwerk ist es nicht mehr getan. Den Anfang hierzu machte man bei den B.D.G.-Direktoren, indem die Gehälter von 72 000 Mk. und 125 000 Mk. auf die Hälfte herabgesetzt wurden. Aber auf halbem Wege machte man halt, und das war der Fehler. Wären die eingesparten Gelder an die Arbeiter gezahlt worden, wären Neuausgaben nicht entstanden, aber die Wirtschaft, wenn auch begrenzt, belebt worden.

Normung der Gehälter! Noch ist alles Utopie, der Gedanke eines einzelnen. Wann wird er Wirklichkeit?

Karl Haack, Charlottenburg.

Für die Frauen

Was nicht in mein Proletarierhirn hinein will!

Die Welt erfauft bald in Titeln! Auch bei uns ist das noch so. Nur ein kluger Mensch gibt nichts mehr auf diese Titel. In ganz großen Theatern werden irgendwelche Titel nicht mehr auf das Programm geschrieben, nur die Namen. Vielleicht hat man vom alten, demokratischen Götze gelernt, der nie einen Titel hinter seinen Namen schrieb. Titel sind natürlich bei der heutigen bürgerlichen Weltordnung „höchstgeschätzt“ geschützt. Wer einen Titel, vor allem aber einen solchen, den der Staat in all seinen Einrichtungen verleiht, widerrechtlich führt, kann lange ins Gefängnis kommen. Das wissen wir. Aber es müßten noch allerhand Gefängnisse gebaut werden, wenn diese einschlägigen Paragraphen, die wir hier nicht einzeln zu zitieren brauchen, in die Wirklichkeit umgesetzt würden. Aber das kommt nur für arme Schlucker in Frage. Die kommen ins Gefängnis. Schon seit Jahrhunderten. Die anderen nicht! Das Bürgertum ändert seine Gesetzesparagraphen ganz still und leise für sich um, wie es ihm paßt. Ich will es beweisen: Wer so einen Assessor, Rechtsanwalt oder irgendeinen „akademischen Mann“ heiratet, läßt sich prompt vom Spießbürgertum Zeit des Lebens als „Frau Doktor“ ansprechen, wenn der Mann diesen billigen und immer billiger werdenden Titel hat. Nach den Grundsätzen der deutschen Universitäten ist aber nur der berechtigt, den Dokortitel zu führen, der darüber die Urkunde einer deutschen Universität besitzt, also promoviert hat, wie man sagt. Ausländische Dokortitel dürfen in Deutschland beispielsweise auch nicht geführt werden, aber da ist das Bürgertum auch nicht zu ängstlich darin. Nun jedenfalls ist es, streng genommen, eine strafbare Handlung, eine Hochstapelei, wenn die Frau eines Doktors sich mit „Frau Doktor“ bezeichnet, dies auch in die Zeitung schreibt: „Dienstmädchen gesucht, Frau Dr. Säbelbein, oder gar ihre Briefe unterschreibt mit: Frau Dr. Knickbusch! Mit demselben Recht könnte ich doch, da mein Freund einen Dokortitel hat oder gar mein Bruder oder mein Vater, auch schreiben: Dr. Fischer! Wie schnell ich da im „Kittchen“ wäre. Das ist in den Augen der Juristen die schändlichste Hochstapelei, die es nur gibt. Aber den „hohen Bürgerfrauen“ ist das gestattet. Stillschweigend, seit Jahrzehnten. Aber richtig ist das nicht. Nun gibt es Frauen, die wirklich diesen Titel haben, aber auch sie regen sich über die unrichtige „Frau Doktor“ nicht auf, nun — das ist eben die Scheinheiligkeit und die Verbrämtheit des Bürgertums! Wie man eben will!

Genau so liegen natürlich die Dinge mit „Frau Professor“. Alles gegen die bestehenden gesetzlichen Vorschriften, alles strafbar im Sinne der bürgerlichen Gesetze. Sie hängen sich selbst und wissen es nicht! Aber in Wirklichkeit geschieht ihnen ja nichts und das ist die Hauptsache.

Von der Scheinheiligkeit des Spießbürgertums unserer Tage zeugt es auch, daß man sich im Theater mit Operngläsern, also Feldstechern ausrüstet! Warum denn? Nun, ich muß beruflich oft ins Theater und ich sage wie es ist: je weniger eine Sängerin, eine Tänzerin auf der Bühne an hat, wenn ein Schütz (moderhalber) im Rock ist, dann fliegen die Operngläser an die — Spießbürgeraugen! Das darf man! Damit man alles genau sieht! Sonst aber muß man gestittet und anständig sein.

In mein Proletarierhirn geht das nicht hinein... Weha.

Unsere Jugend

Jugend auf Wanderschaft

Das fröhliche Handwerksburschenlied von der Wanderlust ist auf den Landstraßen fast verstummt. Zwar hat die schwere Wirtschaftskrise viele Tausende auf die Straße geworfen, die notgedrungen zum Wandersteden greifen, aber düster und wenig hoffnungsvoll sind die Gesichter, die man auf der Landstraße trifft. Arbeit, die man sucht, haben auch die anderen Städte nicht, und beim Klappenputzen kommt kaum etwas zum Nachtquartier zusammen. „Das sind Zeiten!“ hört man klagen.

Die Sichtungsstelle Görlitz, die sich mit der Wanderfürsorge beschäftigt, hat ein beachtenswertes Material gesammelt, das in einem Beitrag der „Arbeiterwohlfahrt“ behandelt wird. Danach wurden im Geschäftsjahr 1929/30 von der Sichtungsstelle rund 2300 Jungwanderer erfaßt. Davon stammten 1480 aus Schlesien,

728 aus anderen Teilen Deutschlands und 93 aus dem Auslande. Im Jahre 1926 registrierte die Sichtungsstelle 1650 Jungwanderer, so daß also die Zahl im letzten Jahre ganz erheblich gestiegen ist. Die Not war zweifellos die stärkste Triebfeder für die starke Steigerung. Die schlesischen Jungwanderer hatten um überwiegenden Teil Westdeutschland als Wanderziel. Sie gehen mit der Hoffnung dorthin, Arbeit und Verdienst zu finden und aus dem qualvollen Nichtstun herauszukommen. Aber auch aus dem Westen Deutschlands passierten die Sichtungsstelle über 700 Jungwanderer. Diese haben noch weniger Aussicht auf Arbeit, als die nach dem Westen wandernden schlesischen Jungwanderer.

Bemerkenswert ist das Alter der Jungwanderer. Im Alter von 15 bis 18 Jahren standen 261 Jugendliche oder 11,3 Proz. 19 Jahre alt waren 542, 20 Jahre 730 und 21 Jahre 776 Wanderer. Im Alter von 16 Jahren standen 44, im Alter von 17 Jahren 149 Jugendliche. Schulkinder zählte man 1926 6, 1927 4 und 1928 2. Im letzten Geschäftsjahr wurden keine Schulkinder von der Sichtungsstelle erfaßt. Wie hieraus ersichtlich ist, nimmt die Zahl der Jungwanderer vom 19. Lebensjahr ab außerordentlich stark zu. Auch heute ist danach die Zahl derjenigen, die nach Beendigung der Lehrzeit zum Wandersteden greifen, erheblich groß. Der Verlust der Arbeitsstelle nach beendeter Lehre ist heute eine Massenerscheinung.

Diese Tatsache geht auch aus der Feststellung hervor, daß der Antrieb zum Wandern in den meisten Fällen Arbeitslosigkeit ist. So war nach einer anderen Aufstellung in 2030 Fällen Arbeitslosigkeit die Ursache, und in 1160 Fällen häusliche Verhältnisse. Wanderlust wurde in 561 Fällen als Ursache angegeben und Straftaten in 41 Fällen. Ordentliche Handwerksburschen wurden unter 4200 Jungwanderern nur 272 festgestellt. Diese Feststellung ist keineswegs erfreulich. Sie zeigt uns, daß der eigentliche Handwerksbursche unter den zahllosen Wanderern eine seltene Erscheinung ist. Die Not der Zeit hat ihn verschlungen, sein fröhlicher Auszug nach anderen Städtchen ist dem planlosen Umherziehen gewichen. Die Zeit trägt die alte Handwerksburschenherlichkeit zu Grabe. Mit dieser starken Vermehrung der ziellosen Wanderung steigt naturgemäß das Mißtrauen gegen den Wanderer, in dem schon früher der Spießer den schlechten Kerl vermutet hat. So ist es heute denn auch viel schwerer, sich auf der Landstraße durchzuschlagen, zumal die Aussichten auf Arbeit und die damit verbundene Auffrischung der Kluft äußerst gering sind.

Um so mehr ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Wanderfürsorgeeinrichtungen zu vermehren und auszubauen. Wie heute die Dinge liegen, ist es menschliche Pflicht, allen denjenigen die Hand zur Aufrichtung zu bieten, die auf der ergebnislosen Suche nach Arbeit so leicht vom geraden Weg abweichen können. Gegenwärtig ist fast ein Drittel der jungen Arbeiterschaft von 18 bis 21 Jahren arbeitslos. In Berlin sind von den jugendlichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 21 Jahren etwa 45 000 bis 50 000 arbeitslos. In anderen Städten und besonders in den Industriegebieten sind die Verhältnisse nicht besser. Sie kehren schließend, wenn alle Versuche scheitern, der Stadt den Rücken und wollen in der Fremde ihr Glück versuchen. Aber heute sind die Möglichkeiten, als gemachter Mann eines Tages in die Heimat zurückzukehren, noch weniger gegeben als früher. Für den Arbeiter waren diese Möglichkeiten ja noch nie zahlreich vorhanden. Das Handwerksburschenleben hat dadurch seine Poesie eingebüßt, denn die Landstraße ist heute rau und hart, die Menschen sind unfreundlich, sie sehen in jedem einen Taugenichts, vor dem man die Tür verriegeln müsse. Zahlreiche Fälle von neuzeitlichem Strauchrittertum, mit dem aber niemals der eigentliche Handwerksbursche etwas zu tun hat, haben die Menschen vorsichtig gemacht. Zudem kommt, daß derjenige Teil der Bevölkerung, die Arbeiter, die zum Geben immer bereit sind, selbst nichts besitzen.

So ist der Ritter der Landstraße allen Gefahren ausgesetzt, die täglich ihn umlauern, und die er oft zu spät erkennt. Nicht allein im Interesse der Jugendlichen selber, sondern auch im wohlverstandenen eigenen Interesse hat der Staat die Pflicht, den jugendlichen erwerbslosen Wanderern sozial zu helfen. Die Selbst- und Raubmorde jugendlicher, die Krawalle der Söldnerscharen politischer Parteien sind im Grunde genommen nichts anderes als Symptome wirtschaftlicher Wurzellosigkeit großer Schichten jugendlicher. Mit Gewaltmitteln des Staates können diese Auswüchse jugendlicher Demoralisation nicht beseitigt werden. Man muß Wege weisen, vor allem Arbeitsmöglichkeiten schaffen, denn die Unätigkeit löst gerade am drückendsten auf den Jugendlichen. Man handle, ehe es zu spät ist.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Das neue Berlin-Gesetz ist am 31. März 1931 in Kraft getreten.

Die vereinigte deutschnational-nationalsozialistische Opposition verlangte vom Reichspräsidenten die Aufhebung der Notverordnung vom 28. März, außerdem (die aus dem Reichstag Ausgezogenen) die Einberufung des Reichstags, damit er die Notverordnung aufhebt. In einer scharfen Erklärung hat die Reichsregierung das Verlangen der Rechtsradikalen abgelehnt. Hitler will nun den Staatsgerichtshof anrufen. — Die preussische Landtagsfraktion der Deutschnationalen hat an den Minister Sebering (den sie stürzen will) ein heftiges Schreiben gerichtet, zu fordern, daß die Notverordnung wieder aufgehoben wird.

Fried gestürzt. Am 1. April stimmte der Thüringische Landtag einem sozialdemokratischen Mißtrauensantrage gegen den Reichminister Fried und das Staatsratsmitglied Marschler zu. Auch die DDB stimmte mit den Sozialdemokraten. Fried und Marschler und das deutschnationale Regierungsglied Rie legten daraufhin ihre Ämter nieder.

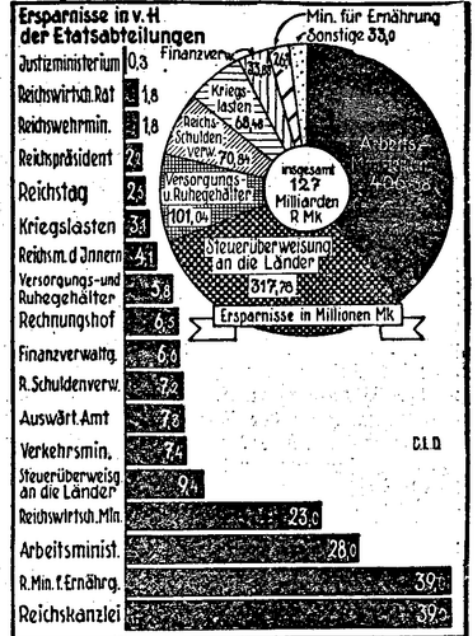
Großer Krach im Hitler-Lager. Hitler hat den Berliner SA-Führer Stennes (wegen seiner Opposition) seines Postens enthoben und dafür den Fememörder Schulz eingesetzt. Darauf hat Stennes mit seinen Mannen die Redaktion des „Angriff“ besetzt und das Blatt gezwungen, die Meldung von seiner Amtsentsetzung zu dementieren.

Aus unserem Verbands

Die Reichsfachgruppe Haus- und Wachangestellte unseres Gesamt-Verbandes hielt vom 22. bis 24. März in Nürnberg ihre Dritte Reichsratskonferenz ab. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus allen Teilen Deutschlands sowie Vertreter der Stadt Nürnberg, des Reichsarbeitsministeriums, des ADBG, der österrösterreichischen Bruderorganisation und des Verbandsvorstandes eröffnete der Reichsgruppenleiter, Kollege Lambrecht, die Konferenz und erfaßte dann den Geschäftsbericht. Als das bedeutendste Ereignis bezeichnete er den Zusammenschluß der vier Verbände zu der Großorganisation, dem Gesamt-Verband. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich das Organisationsverhältnis erfreulich entwickelt hat. Andererseits ist auch das Aufgabengebiet wesentlich erweitert. Im Mittelpunkt der Tätigkeit stand der Kampf um das Hausgehilfengesetz. Obwohl bereits mehr als zwölf Jahre seit der Staatsumwälzung verstrichen sind, entbehren die Hausgehilfen und Hausangestellten immer noch des gesetzlichen Schutzes ihrer Arbeitskraft. Wehrlos den gewerkschaftlichen Stellungsvermittlern preisgegeben, wird die Hausgehilfenerschaft von den Hausfrauen in unerhörter Weise ausgenutzt und die Arbeitskraft ausgebeutet. Der vorliegende Entwurf eines Hausgehilfengesetzes wird den elementarsten Bedürfnissen der Hausgehilfenerschaft nur im geringen Maße gerecht. Unsere Kritik richtet sich insbesondere gegen den Ausweisungszwang, gegen die mangelhafte Arbeitszeitregelung, gegen die ungenügende Festlegung der Freizeit, gegen den lückenhaften Schwangerschutz, gegen den gänzlich fehlenden Unfallschutz sowie gegen den unzureichenden Arbeitsschutz. Mit Recht forderte daher Kollege Dr. Hertneck in seinem Referat „Sozialpolitik in der Hauswirtschaft“ den verfassungsmäßigen Schutz des Staates. — Ueber „Die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für Hausgehilfen und Hausangestellte“ referierte Kollegin Luise Köhler. Durch den Abschluß eines Reichslehrvertrages für die hauswirtschaftliche Lehre sowie durch Schaffung von Richtlinien ist den Kolleginnen nunmehr der Aufstieg zur geprüften Wirtschaftlerin und Meisterin der Hauswirtschaft gebnet. — Kollegin Weber forderte die Schaffung von Hausgehilfenheimen, um die Hausgehilfen bei Stellungswechsel und Arbeitslosigkeit vor den Gefahren der Straße zu schützen. — Die Konferenz beschäftigte sich auch eingehend mit der für Portiers, Hausmeister, Hauswarte und Hausreinigerinnen durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten geschaffenen Notlage, in die sie durch die Entziehung des Mieterschutzes gedrängt sind. In Preußen wurde bereits durch die bekannte Coderungsverordnung vom 10. September 1930 der Mieterschutz für Portierwohnungen aufgehoben. Die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten beseitigt den Mieterschutz für Portierwohnungen ganz allgemein. In ihren Referaten zeigten Kollege Leube und Rechtsanwalt Laas die katastrophalen Folgen auf, die durch diese gesetzlichen Maßnahmen heraufbeschworen werden. Einmütig forderte die Konferenz die Aufhebung der Bestimmungen der Verordnungen, die den Mieterschutz für unsere Berufsrollegenschaft betreffen. — Kollege Brener behandelte die für die Reichsfachgruppe wichtige Frage des Tarifrechts und der Tarifpolitik. Von der Regierung müsse eine weit stärkere Aktivität gefordert werden als bisher. Die zur Verhandlung stehenden Fragen lösten eine lebhaft Diskussions aus, die zur Annahme von entsprechenden Entschlüssen führte. — In seinem Schlußwort konnte Kollege Lambrecht mit Befriedigung feststellen, daß die Konferenz der Haus- und Wachangestellten den an sie gestellten Anforderungen in jeder Beziehung gerecht geworden sei. Die Wiederwahl der bisherigen Reichsfachgruppenleitung erfolgte einstimmig.

RUNDSCHAU

Die Kürzungen im Reichshaushalt. Insgesamt wurde der Reichshaushalt für die Jahre 1931/32 um 10 Proz. gekürzt. In gleicher Weise wurde auch die Ueberweisung an die Länder aus den Steuern des Reiches um nahezu 10 Proz. niedriger angesetzt. Auf diese Weise wurden bei den Steuerüberweisungen an die



Länder 317 Millionen Mark gestrichen. Ein größerer Betrag konnte beim Arbeitsministerium eingespart werden dadurch, daß die Reichsarbeitslosenversicherung aus dem Etat herausgenommen wurde. Im übrigen wurde die Kürzung der Sachausgaben erzielt. Die Gehaltskürzung brachte im Reichsetat nur eine Verminderung um 63 Millionen Mark, das sind 5,5 Prozent der gesamten Kürzung. Prozentual hat die Reichskanzlei und das Reichsministerium für Ernährung den größten Anteil seiner Etat Ausgaben gestrichen, während das Justizministerium eine Erhöhung der Sachausgaben vornahm und so den größten Teil der durch die Gehaltskürzungen eingesparten Mittel für neue Sachausgaben verwendet. Insgesamt wurden 1143 Millionen Mark im Etat 1931 gegenüber dem Etat von 1930 eingespart.

Wie verbringe ich meine Urlaubszeit am zweckmäßigsten? „Indem ich außer den Ferienheimen des Gesamt-Verbandes Wanderheime und Ferienheime der Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ e. G. m. b. H., Sitz Jena, und der Allgemeinen Deutschen Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, als Ferienaufenthalte oder als Stützpunkte für meine Wanderungen benutze.“ In Krisenzeiten, wie wir sie zurzeit durchleben, ist obige Frage am meisten berechtigt. In einer solchen Zeit muß der Beamte, Angestellte und Arbeiter besonders darauf bedacht sein, seine Urlaubszeit und seine Mittel zweckmäßig zu seiner und seiner Angehörigen Erholung zu verwenden. Reisen und Wandern, Abwechslung hineinbringen in die Alltätigkeit des Lebens ist immer noch das beste Mittel, Körper und Geist neu zu stärken für den heutigen schweren Daseinskampf. Es müssen nicht immer das Hochgebirge oder die Seebäder sein. Unsere herrlichen deutschen Mittelgebirge bieten eine solche Fülle von Naturschönheiten, daß sie dem, der sie sehenden Auges durchwandert oder an den schönst gelegenen Punkten seinen Ferienaufenthalt nimmt, noch immer Frieden und Erholung und neue Kraft zum Lebenskampf spendet haben. — An einigen der schönsten Punkte unserer deutschen Mittelgebirge unterhalten nun unsere völlig gemeinnützig arbeitenden Organisationen eine Anzahl gut bewirtschafteter Ferienheime und Wanderheime. Die Ferienheimgenossenschaft und die Adele besitzen zurzeit 7 Ferienheime und 5 Wanderheime, einige in den herrlichen Bergen und Wäldern des Thüringer Waldes, zwei in den ausgedehnten Wäldern des Dautlänbischen und des Ost-erzgebirges, eins am Klein-Körfler See im märkischen Seengebiet, nahe Berlin gelegen, und eins im Leinawald bei Altenburg. — Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Sitz Jena, und die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena (Adele) bringen in diesem Jahre wieder einen neuen Prospekt mit Preisliste heraus. Wir machen besonders aufmerksam auf die neuen Preislisten. Preisabbau um etwa 10 Proz. Man wende sich an die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. (Adele), Sitz Jena, Marienstraße 4, Fernruf 2290. Allen Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen.